

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

68. Sitzung
4. März 2021

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 18.37 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Fachkräftebedarf in den Sozial- und
Erzieherberufen: quantitative und qualitative
Herausforderungen für die öffentlichen beruflichen
Schulen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0288](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende darf ich vor Ort Frau Babette Sperle, Mitgliedervertretung Berliner Dachverband Kinder- und Schülerläden – kurz DaKs – e. V. begrüßen. Digital zugeschaltet sind uns: Frau Dr. Konstanze Billeb, Schulleiterin der Humanistischen Fachschule für Sozialpädagogik; Frau Milena Lauer, Pädagogische Leitung des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung – kurz BeKi –; Herr Fred Michelau, Schulleiter der Jane-Addams-Schule Oberstufenzentrum Sozialwesen; Frau Prof. Dr. Natascha Naujok, Studiengangsleiterin Kindheitspädagogik an der Evangelischen Hochschule Berlin und Frau Anne Priebisch, Schulleiterin der Anna-Freud-Schule OSZ Sozialwesen I. – Allen ein herzliches Willkommen! Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll erstellt werden soll. – Dem ist so. Begründung des Tagesordnungspunkts 3 a erfolgt durch Frau Seidel. – Bitte schön!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will es auch in Anbetracht der Tagesordnung kurz fassen. Die Begründung liegt, denke ich, auf der Hand. Die Tagesordnungspunkte 3 a bis 3 c stehen in einem engen Zusammenhang. Wir haben seit Oktober 2020 die Kitaentwicklungsplanung vorliegen. Ich finde es bemerkenswert, dass der Senat unter Pandemiebedingungen dieses Dokument, das die Weichen für den Kitaplatzausbau in quantitativer und qualitativer Hinsicht stellt, vorgelegt hat. Dieser Plan ist auf Grundlage der Bevölkerungsprognose erstellt worden. Wir haben erfahren, dass bei den 0 bis 7-Jährigen die Auf-

wüchse der Kinderzahlen fortgesetzt werden, dass wir mehr Kitaplätze brauchen, der Ausbau nicht stocken darf, dass wir bis 2025/26 11 000 zusätzliche Plätze bedürfen, und das unter Bedingungen, die nicht einfacher werden – ich sage nur mal: Flächenkapazitäten oder Baukosten. Damit hängt natürlich zusammen, dass wir auch mehr Fachkräfte brauchen. Bis dahin sind das um die 8 000 Menschen, die wir in diesen Berufen mehr benötigen. Wir haben im KEP gelesen, dass rein rechnerisch möglicherweise der Fachkräftebedarf zumindest im Kita-bereich bis 2022 gedeckt sein könnte. Das alles ist natürlich sehr interessant, wirft aber auch reichlich Fragen auf und steht in einem engen Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 3 a.

Wir müssen auf die Ausbildung, die Ausbildungskapazitäten, die Herausforderungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht gucken. Wir haben deswegen zu dieser Anhörung eingeladen, um sechs Expertinnen und Experten zu befragen, was gebraucht wird, wie der Stand der Dinge ist, und wie wir in der Richtung weiterarbeiten müssen – nicht nur an den öffentlichen beruflichen Schulen, die hier im Fokus sind. Das ist die Frage der heutigen Anhörung, und ich freue mich sehr auf die Beantwortung.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Wir fangen an mit Frau Dr. Billeb. – Sie haben das Wort für Ihr fünfminütiges Statement. Bitte schön!

Dr. Konstanze Billeb (Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik; Schulleiterin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Tag und danke für die Einladung zu der heutigen Sitzung! Zu Ihrem Anliegen kann ich natürlich nur als Vertreterin einer relativ kleinen privaten Fachschule sprechen. Die Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik bildet seit 2012 Erzieherinnen und Erzieher aus, weil unsere 26 Kitas beim Humanistischen Verband natürlich einen Bedarf an Fachkräften haben und weiterhin haben werden. Das ist abzusehen.

Wir haben seit 2015 eine relativ gute Bewerberinnen- und Bewerberlage. Wir schätzen das jedenfalls so für uns ein, weil wir seitdem zweimal im Jahr ca. 30 Studierende in die Ausbildung aufnehmen und dann berufsbegleitend mit den Kitas zusammenarbeiten. In der gleichen Zeit haben wir festgestellt, dass die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber für die vollschulische Ausbildung rapide zurückgegangen ist. Es gibt bei uns dafür nicht ausreichend Interessentinnen und Interessenten, deshalb haben wir seit 2019 keine Vollzeitklasse eröffnet. Zu beobachten ist aber, dass die Studierenden – vorrangig junge Menschen mit Abitur – über das FSJ oder den Bundesfreiwilligendienst in die berufsbegleitende Ausbildung und nicht, wie vorher beobachtet, in die Vollzeitausbildung gehen. Wir denken, das ist aufgrund der beruflichen Erfahrungen im FSJ für diese jungen Menschen interessant geworden. Das hat sicherlich auch finanzielle Gründe.

Die Studierenden bringen sehr verschiedene schulische und berufliche Voraussetzungen mit, auch ihre Lebenserfahrungen spielen im Verlauf der Ausbildung eine sehr unterschiedliche Rolle. Je älter die Bewerberinnen und Bewerber sind, desto mehr Einfluss haben diese Lebenserfahrungen während der Ausbildung auf ihre Haltung.

An unserer Fachschule kommen ca. 65 bis 70 Studierende mit einem mittleren Schulabschluss und mit einer Berufsausbildung in die Ausbildung, andere haben akademische Abschlüsse

oder Abschlüsse, die sie im Ausland erworben haben. Pro Klasse sind es durchschnittlich fünf männliche Studierende, die wir aufnehmen, und ca. drei kommen aus dem Ausland.

Wir können sagen, dass die meisten Studierenden während unserer dreijährigen Ausbildung hochmotiviert sind, auch deshalb schließen 78 Prozent von den ursprünglich einmal aufgenommenen die Ausbildung erfolgreich ab, die meisten mit einem Notendurchschnitt von 2 oder 3. Während der Ausbildung sind die meisten von ihnen natürlich in Kindertagestätten angestellt, und bleiben auch, soweit wir das nachverfolgen können, in diesen Einrichtungen. Besonders gut können wir das natürlich in den eigenen Kitas beobachten. Da sind es etwa 80 Prozent, die die Ausbildung in der Kita gemacht haben und in der Einrichtung bleiben.

Zur Qualität unserer Ausbildung: Mit Einführung des Rahmenlehrplans im Jahr 2016 liegt der Fokus der Ausbildung hauptsächlich auf der Kompetenzentwicklung und Handlungsorientierung. Wir meinen, dass das für eine berufsbegleitende Ausbildung an einer Fachschule ein sehr geeigneter Ansatz ist, weil Theorie und Praxis sozusagen ständig miteinander verzahnt sind. Die Studierenden haben immer eine Veranlassung, sich theoretisch mit einer Thematik zu beschäftigen, weil sie die Erkenntnisse und die Erfahrungen, die sie sammeln, mit in die Praxis nehmen können.

Verkürzt gesagt: Wir wollen, dass die Studierenden selbstständig lernen, dass sie in der Lage sind mit anderen zu arbeiten und das vorhandene Wissen, das sie schon im Laufe ihres Lebens erworben haben, und das neue Wissen, das sie während der Lösung der Aufgaben erarbeiten, immer wieder einbringen können, dass sie dabei kreativ sind und sich nicht davor scheuen, auch mal festzustellen, dass etwas für ihre Arbeit nicht nützlich ist, dass sie sozusagen Misserfolge reflektieren können und diesen Effekt dann mit in die Arbeit nehmen.

Wir versuchen die Lernsituationen, die wir schaffen, so zu gestalten, dass sie den beruflichen Alltag nachempfinden. Das ist die Herausforderung für die Studierenden, die ihre Schulabschlüsse schon einige Jahre vor dem Start der Erzieherinnen- bzw. Erzieherausbildung gemacht haben. Das ist jedenfalls die Beobachtung an unserer Schule. Diese Studierenden sind hinsichtlich ihrer Lernstrategien oft unsicher. Das sind einfache Aufgaben, die sie unbedingt brauchen, um kreativ arbeiten und sich vielseitig informieren zu können. Es fällt ihnen schwer, Texte zu lesen, zu verstehen und die Kernaussagen herauszufiltern, selbst Texte zu verfassen, digitale Medien zu nutzen. Einige haben Schwierigkeiten, analoge Medien zu nutzen, und für viele ist es eine große Herausforderung, den PC für das Lernen zu nutzen. Deshalb haben wir diese Aufgaben für uns so angenommen, dass wir diese in der Ausbildung übernehmen und dazu Übungen in die Ausbildung eingebaut haben. Die komplexen Aufgaben, die wir da stellen, haben natürlich mit dem beruflichen Alltag zu tun. Erzieherinnen und Erzieher müssen zum Beispiel regelmäßig dokumentieren, Elterngespräche führen und Angebote in der aufwendigen Jugendarbeit machen. Das wiederholt sich in der Ausbildung mit einem unterschiedlichem Fokus, damit sie diese Selbstständigkeit, diese Kreativität entwickeln können und das Arbeiten im Team immer wieder lernen.

Sie merken es an den wenigen Ausführungen: Im Grunde geht es bei uns darum – darin teile ich die Positionen meiner Kolleginnen und Kollegen –, dass wir an Strategien arbeiten, die sich die Studierenden aneignen sollen. Sie sollen verschiedene Mittel und Methoden an die Hand bekommen, die sie regelmäßig anwenden können, sodass sie wiederkehrende oder aktuelle Aufgaben, wie sie zum Beispiel durch die Coronasituation entstehen, meistern können.

Obwohl es, wie gesagt, den Studierenden oftmals nicht leicht fällt, den Lernanforderungen gerecht zu werden, stellen wir fest, dass sie immer sehr aktiv und engagiert sind, wenn wir in der Schule sind und es darum geht, die neuen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Wir hören aber oft Berichte, dass es in der Praxis aus den verschiedensten Gründen nicht geht, weil dort zum Beispiel die bewährten Methoden weiter angewendet werden sollen und man dort nicht oder zu wenig bereit ist, zu experimentieren, etwas Neues auszuprobieren und zu sagen: Wir sind ein multiprofessionell zusammengesetztes Team, innerhalb unseres Teams gibt es Spezialisten für bestimmte Fragen. – Die Beobachtung ist häufig, dass die Kollegen in den Einrichtungen erwarten, dass man breit aufgestellt ist und zu allem etwas sagen kann. In der gegenwärtigen Situation – relativ wenig Erzieher für viele Kinder – halten wir das für nicht angemessen und könnten uns vorstellen, dass da eine Entwicklung angeschoben werden sollte, die unsere berufsbegleitend ausgebildeten Kollegen stärker unterstützt, neue Erkenntnisse, die wir in der Schule gewonnen haben, in der Praxis anzuwenden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Dr. Billeb! Dürfte ich Sie bitten, zu straffen und zum Schluss zu kommen?

Dr. Konstanze Billeb (Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik) [zugeschaltet]: Ich bin tatsächlich fertig. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann waren wir beide am gleichen Punkt. – Wir machen weiter mit Frau Lauer. – Sie haben das Wort! Bitte schön!

Milena Lauer (Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung – BeKi –) [zugeschaltet]: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Klebba! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Stoffers! Herzlichen Dank, dass ich für das BeKi Stellung nehmen kann! In den Berliner Kitas wird der Bedarf an gutqualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben, auch mit dem Ziel, den Fachkraft-Kind-Schlüssel perspektivisch an die wissenschaftlichen Werte anzunähern. Wir wissen aus verschiedenen Studien, dass eine gute Fachkraft-Kind-Relation Einfluss auf die Interaktionsqualität hat, die für frühkindliche Bildungsprozesse so wichtig ist.

Meinen Fokus möchte ich auf die qualitativen Herausforderungen legen. Diese basieren auf der Komplexität frühkindlicher Bildungsprozesse und den damit zurecht hohen Qualitätsansprüchen an die pädagogische Arbeit in Berliner Kitas. Sie sind daher für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern dauerhafte Herausforderungen. Diese Komplexität ist im Berliner Bildungsprogramm – kurz BBP – strukturiert dargestellt. Die Grundlage bildet die Orientierungsqualität, also das Bildungsverständnis, die Ziele pädagogischen Handelns und das professionelle Selbstverständnis. Bildung ist in der Kita ein ko-konstruktiver Prozess der Aneignung und Gestaltung von Welt. Das Bildungsverständnis orientiert sich unter anderem an demokratischen Werten und Grundsätzen, der Lebenswelt der Kinder, Partizipation und Inklusion. Darauf aufbauend ist das Richtungsziel der pädagogischen Arbeit die Stärkung der Kompetenzen der Kinder. Jedes Kind entwickelt im Lauf seiner Kitazeit ein individuelles Kompetenzprofil, in dem auch seine besonderen Interessen und Stärken zum Ausdruck kommen. Die Pädagoginnen und Pädagogen ermuntern das Kind, falls sie jedem Kind die Gelegenheit dazu geben, seine Ich-, Sozial-, sach- und lernmethodischen Kompetenzen in das Kitaleben einzubringen und weiterzuentwickeln.

Ausgehend von der Beobachtung und der individuellen Entwicklungsprozesse eines jeden Kindes, der Interaktion, Interessen und Themen der Kinderleidenschaft und der regelmäßigen Analyse der Lebensrealität der Kinder und ihrer Familien, planen die Pädagoginnen und Pädagogen zusammen mit den Kindern Aktivitäten im alltäglichen Kitaleben, bis hin zu Projekten, gestalten die Räume, wählen Material aus und regen das Spiel der Kinder an. Dabei beziehen sie die sechs Bildungsbereiche übergreifend ein. Im Erleben der Kinder fließen zu meist mehrere Bildungsbereiche zusammen.

Zur pädagogischen Arbeit kommen zum Aufgabenspektrum der Erzieherinnen und Erzieher die professionelle Kommunikation und Kooperation mit den Eltern und im Team hinzu. Eine Herausforderung für die beruflichen Schulen liegt demnach darin, dass die angehenden Erzieher und Erzieherinnen das gesamte Konzept des Berliner Bildungsprogramms und damit diese komplexen frühkindlichen Bildungsprozesse verstehen und verinnerlichen und nicht nur einzelne Inhalte, zum Beispiel Bildungsbereiche, kennen.

Im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts im BeKi haben zwei Studentinnen den Rahmenlehrplan für die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen analysiert. Ihre Frage war, inwieweit das BBP und seine Inhalte darin enthalten sind. Die gute Nachricht ist, dass die Orientierungsqualität, also das Bildungsverständnis, die Stärkung der Kompetenzentwicklung und das professionelle Selbstverständnis der Erzieherinnen und Erzieher, umfassend im Rahmenlehrplan berücksichtigt sind. Ein relevanter Anteil, sowohl der pädagogisch-methodischen Aufgaben als auch der Bildungsbereiche, ist dagegen nicht oder nur stichpunktartig berücksichtigt.

Von Kitaleiterinnen und -leitern höre ich manchmal, dass sie teilweise deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen beruflichen Schulen feststellen, und sie Absolventinnen und Absolventen bestimmter Schulen bevorzugt einstellen. In anderen Fällen bedurfte es viel Aufwand, mit den neu eingestellten Absolventinnen und Absolventen ein gemeinsames Bildungsverständnis auf der Basis des BBP zu entwickeln.

Ich habe in den letzten Minuten dargestellt, welche hohen qualitativen Ansprüche an die pädagogische Arbeit in Kitas aus guten Gründen gestellt werden, denn diese Ansprüche liegen im Interesse der Kinder, der Familien, der Gesellschaft und sind wissenschaftlich begründet. Daraus leiten sich auch die qualitativen Ansprüche an die beruflichen Schulen ab. Es geht in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen um viel mehr als um die Vermittlung von Inhalten. Qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit zeigt sich insbesondere in Erzieher-Kind-Interaktionen, die von einer respektvollen, feinfühligen Beziehung geprägt sind. Wir wissen unter anderem aus der sogenannten Schlüsselstudie von Iris Nentwig-Gesemann, dass es im Umgang mit Bildungsprogrammen verschiedene Typen gibt. Die eben dargestellten Ansprüche verdeutlichen, dass ein Abarbeiten des BBP, im Sinne einer von außen aufgetragenen Aufgabe, nicht erfolgsversprechend sein kann.

Die qualitative BeKi-Studie zu Prozessen und Wirkungen der internen Evaluation in Berliner Kitas zeigte, dass es besonders wirksam und nachhaltig ist, wenn sich die Pädagoginnen und Pädagogen die Qualitätsansprüche des BBP zu eigen machen und sie mit ihren eigenen Ansprüchen verbinden, also in ihre eigene Orientierung integrieren. Aus meiner Sicht erscheint daher die Verknüpfung von Lehre und Praxis mit sehr viel Raum für Reflexionen für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern besonders bedeutsam. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir danken auch und machen weiter mit Herrn Michelau. – Sie haben das Wort mit Ihrer angekündigten Präsentation!

Fred Michelau (Jane-Addams-Schule-Oberstufenzentrum Sozialwesen) [zugeschaltet]: Erst mal vielen Dank für die Einladung! Meine Name ist Fred Michelau. Ich bin Schulleiter der Jane-Addams-Schule.



Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen

BB
Berliner Bildung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

Stellungnahme zum

**Fachkräftebedarf in den Sozial- und Erzieherberufen:
quantitative und qualitative Herausforderungen für die
öffentlichen beruflichen Schulen**

Fred Michelau
Schulleiter Jane-Addams-Schule



Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen

BB
Berliner Bildung

Sie betrachten gerade den kleineren Teil!

Der größere, private Teil wird – mal wieder – „verschont“.

Wird bei den „politischen Entscheidern“ über Defizite oder Herausforderungen der Ausbildung gesprochen, stehen plötzlich ausschließlich die öffentlichen Schulen in der Kritik.



Denn die einen sind im Dunkeln Und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte Die im Dunkeln sieht man nicht.

(Bertolt Brecht)

Wir betrachten jetzt gerade mal den kleineren Teil der Ausbildung, dort hat sich seit zehn Jahren das Gewicht eindeutig verschoben. Die staatlichen Schulen, die öffentlichen Schulen,

sind die Minderheit. Ich zeige Ihnen das einmal in einer Statistik. Vor zehn Jahren waren wir noch pari pari, vor fünf Jahren drehte es sich ein bisschen um, und jetzt haben wir den Zustand, dass 75 Prozent der Ausbildung an Privatschulen und nur noch 25 Prozent an öffentlichen Schulen stattfindet. Das ist eine Strategie des Landes Berlin, die anscheinend sehr erfolgreich ist. Dieser Anteil der staatlichen Schulen wird weiter sinken. Das ist sehr klar.

Die Oberstufenzentren und öffentlichen Fachschulen bilden nur noch 25% der Ausbildung ab. Dieser Anteil sinkt weiter.			
• Die Privatisierung der Ausbildung im Land Berlin schreitet zügig voran. • Die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen fand und findet in Berlin im Wesentlichen an Privatschulen statt.			
Schuljahr	Zahl der Studierenden Steigerung in %	an öffentlichen Schulen Verteilung in %	an privaten Schulen Verteilung in %
2020/21	10483 +20%	2642 25%	7841 75%
2015/16	8345 43%	3654 44%	4691 56%
2010/11	4765	2681 56%	2084 44%

Wo liegt der Unterschied? Was hindert die öffentlichen Schulen? Was befördert ein wenig die Privatschulen?

Öffentliche Schulen und Privatschulen unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten	
Öffentliche Schulen	Privatschulen
Qualitätsmanagement vorhanden • Schulinspektion • Schulverträge • Anforderungen an Lehrkräfte höher (Referendariat mit Staatsexamen)	Qualitätsmanagement fraglich • keine Schulinspektion • keine Schulverträge • Anforderungen an Lehrkräfte geringer (Unterrichtsgenehmigung nach einem Unterrichtsbesuch)
(Über-) Regulierung durch Schulaufsicht (1 Schulleiterin für 5 soz.päd. und 3 sonderpäd. Schulen)	Eingeschränkte Schulaufsicht (3 abgeordnete Lehrkräfte für 81 berufliche Privatschulen im Land Berlin, davon 55 sozialpäd. Privatschulen)
Einhaltung gesetzlicher Regelungen	Möglichkeit von „Absprachen“ mit Arbeitgebern*innen

Ein Qualitätsmanagement ist an den öffentlichen Schulen vorhanden, an den Privatschulen ist es fraglich. Wir haben dort keine Schulinspektionen, keine Schulverträge und Ähnliches. Öffentliche Schulen werden meiner Meinung nach durch die Schulaufsicht überreguliert, während sie an Privatschulen de facto eigentlich nicht stattfinden.

Der zweite Punkt: Öffentliche Schulen sind grade bei den Praktika streng an die gesetzlichen Regelungen gebunden, während bei manchen privaten Fachschulen doch Absprachen stattfinden, zum Beispiel dass Praktikanten als volle Arbeitnehmerinnen und -nehmer tätig sind.

Die Bildungsvoraussetzungen der Studierenden ändern sich. Vor zehn Jahren hatten noch über 90 Prozent der Studierenden Abitur oder Fachhochschulreife. Das hat sich stark geändert, mittlerweile sind es „nur“ noch 55 Prozent. Das muss nicht schlechter sein. Eine ganze Reihe an Bewerberinnen bzw. Bewerbern und Studierenden, die einen MSA oder Berufsabschluss haben, sind manchen Abiturientinnen oder Abiturienten sogar überlegen.

Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen



Die Bildungsvoraussetzungen der Studierenden ändern sich

- Die Ausbildung wird für Menschen mit Fachhochschulreife und Abitur zunehmend unattraktiv. Die Aufstiegsmöglichkeiten sind im Beruf zu gering. Ein Beispiel aus der Jane-Addams-Schule:

Schuljahr	Bewerbungskreis A Abitur oder Fachhochschulreife im Sozialwesen	Bewerbungskreis B Abitur oder Fachhochschulreife andere Bereiche	Bewerbungskreis C MSA und Berufsausbildung
2020/21	39	30	56
2015/16	69	128	75
2010/11	195	141	35

- Im Schuljahr 2010/11 stellten die Studierenden mit Abitur oder Fachhochschulreife über 90 %.
- Im Schuljahr 2020/21 sind es 55% – bei stark gesunkenen Gesamtstudierendenzahlen.

Die soziale Absicherung vieler Studierende ist häufig sehr schwierig. Es gibt das geringe BAföG. Viele Studierende sind selber Eltern und müssen eine Familie ernähren, und durch Corona sind zusätzlich Nebenjobs im Gastgewerbe weggebrochen.



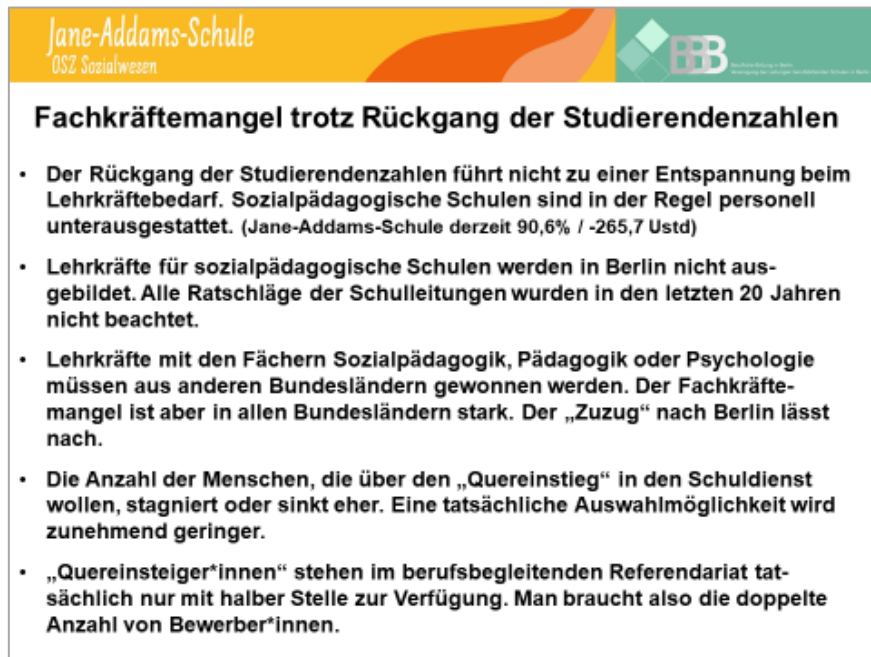
Die soziale Absicherung vieler Studierender ist häufig schwierig

- Studierende erhalten ein geringeres BaFöG als Studierende der Universitäten.
- Viele Studierende sind selbst Eltern und müssen eine Familie ernähren.
- Durch Corona sind die „Nebenjobs“ im Gastgewerbe weggebrochen. Eine wachsende Zahl der Studierenden können sich die Vollzeitausbildung nicht mehr leisten. Daran ändert auch eine Schulgeldbefreiung an den Privatschulen nichts.
- Die berufsbegleitende Ausbildung war ursprünglich gedacht für „ungelernte“ Beschäftigte in den sozialpädagogischen Einrichtungen. Mittlerweile wird die berufsbegleitende Ausbildung aus ökonomischen Gründen zunehmend eingeschlagen. 50% der Studierenden befinden sich in der Teilzeitausbildung (2016 waren es 26%). Dies ist besonders bei lebensjüngeren Studierenden schwierig. Sie stehen ohne entsprechende Lebenserfahrung oder Praxiserfahrungen vom ersten Tag als Arbeitnehmer*innen im Einsatz.

Die berufsbegleitende Ausbildung, die eigentlich dafür gedacht war, ungelernte, langzeitige Beschäftigte in sozialpädagogischen Einrichtungen nachzuqualifizieren, wird immer mehr zur Erstausbildung.

Wir können nur unterstützen, was die Kollegin über den Wandel der Bewerbungen in Richtung Teilzeit gesagt hat. Es ist schwierig, wenn sehr jugendliche oder sehr junge Studierende am ersten Tag als Arbeitnehmer ohne Ausbildung in der Kita in der Teilzeitausbildung tätig sind.

Trotz des Rückgangs der Studierendenzahlen haben wir einen Fachkräftemangel. Meine Schule ist derzeit zu 90,6 Prozent ausgestattet. Das ist eigentlich normal. Den Zustand, dass ich auf 100 Prozent bin, habe ich in den letzten 20 Jahren ganz selten erlebt.



Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen

Fachkräftemangel trotz Rückgang der Studierendenzahlen

- Der Rückgang der Studierendenzahlen führt nicht zu einer Entspannung beim Lehrkräftebedarf. Sozialpädagogische Schulen sind in der Regel personell unterausgestattet. (Jane-Addams-Schule derzeit 90,6% / -265,7 Ustd)
- Lehrkräfte für sozialpädagogische Schulen werden in Berlin nicht ausgebildet. Alle Ratschläge der Schulleitungen wurden in den letzten 20 Jahren nicht beachtet.
- Lehrkräfte mit den Fächern Sozialpädagogik, Pädagogik oder Psychologie müssen aus anderen Bundesländern gewonnen werden. Der Fachkräftemangel ist aber in allen Bundesländern stark. Der „Zuzug“ nach Berlin lässt nach.
- Die Anzahl der Menschen, die über den „Quereinstieg“ in den Schuldienst wollen, stagniert oder sinkt eher. Eine tatsächliche Auswahlmöglichkeit wird zunehmend geringer.
- „Quereinsteiger*innen“ stehen im berufsbegleitenden Referendariat tatsächlich nur mit halber Stelle zur Verfügung. Man braucht also die doppelte Anzahl von Bewerber*innen.

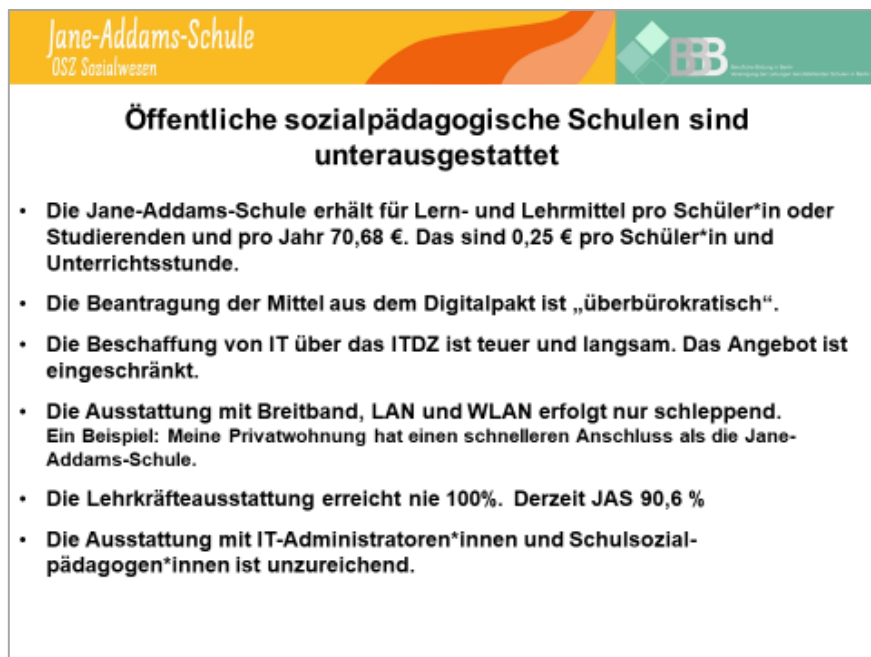
Es werden in Berlin immer noch nicht Lehrkräfte für sozialpädagogischen Schulen ausgebildet. Wir Schulleitungen haben seit 20 Jahren darauf gedrungen. Es ist nicht erfolgt. Das sollte unbedingt passieren. Lehrkräfte mit den Fächern Sozialpädagogik, Pädagogik, Psychologie kommen – wenn sie denn kommen – aus anderen Bundesländern. Der Standort Berlin ist nicht mehr so attraktiv, wie er mal war. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die Studienabschlüsse mitbringen, um ins Referendariat zu gehen, werden weniger. Die meisten sind mittlerweile eingestellt. Auch dieser Markt ist im Wesentlichen abgegrast.

Die Senatsverwaltung für Bildung nimmt sich nach meinem Eindruck zunehmend aus der Verantwortung für das Bildungsergebnis. Es fehlen übergeordnete Ziele, und die staatlichen Schulen unterliegen einem sehr kleinteiligen Mikrocontrolling.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Es ist nicht klar, wo die staatliche Ausbildung eigentlich stattfinden soll. In Hamburg gibt es an den staatlichen Schulen genügend Ausbildungsplätze – da gibt es vier staatliche, vier private Schulen. Wir müssen hier zum Beispiel jede Ausgabe eines Selbsttests, noch bevor ein Selbsttest ausgegeben worden ist, dokumentieren. Das heißt, das Controlling ist häufig wichtiger als das Ergebnis. Weisungen der Senatsverwaltung sind häufig kurzfristig, unpraktikabel, müssen nachgesteuert werden oder werden zurückgenommen. Ankündigungen ersetzen zunehmend Handlungen. Uns wird gesagt: Na ja, ihr kriegt ja demnächst das und das –, aber es ist eben nicht da.

Des Weiteren herrscht eine Absicherungsmentalität vor. Die Prozesse werden häufig rechtlich so verdickt, dass sie kaum anwendbar sind. Das ist bei der Personaleinstellung und bei vielen Dingen zu sehen. Das gewünschte Ergebnis wird in dem Prozess eigentlich marginal. Die Zuständigkeiten sollten besser geregelt sein. Es stört mich persönlich, dass Schulleitungen und Schulen häufig in der Öffentlichkeit als Schuldige herangezogen werden, gerade wenn es öffentliche Schulen sind.

Wir sind unterausgestattet. Der Lern- und Lehrmitteleinsatz für meine Schule beträgt pro Studierende oder pro Schüler bzw. Schülerin 70,68 Euro. Umgerechnet in eine gängige, jetzige Währung bedeutet das, dass ich davon einen Selbsttest pro Monat finanzieren könnte. Gott sei Dank werden sie gestellt, sonst wäre ich damit am Ende.



Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen

Öffentliche sozialpädagogische Schulen sind unterausgestattet

- Die Jane-Addams-Schule erhält für Lern- und Lehrmittel pro Schüler*in oder Studierenden und pro Jahr 70,68 €. Das sind 0,25 € pro Schüler*in und Unterrichtsstunde.
- Die Beantragung der Mittel aus dem Digitalpakt ist „überbürokratisch“.
- Die Beschaffung von IT über das ITDZ ist teuer und langsam. Das Angebot ist eingeschränkt.
- Die Ausstattung mit Breitband, LAN und WLAN erfolgt nur schleppend. Ein Beispiel: Meine Privatwohnung hat einen schnelleren Anschluss als die Jane-Addams-Schule.
- Die Lehrkräfteausstattung erreicht nie 100%. Derzeit JAS 90,6 %
- Die Ausstattung mit IT-Administratoren*innen und Schulsozialpädagogen*innen ist unzureichend.

Die Beantragungen der Mittel aus dem Digitalpakt sind überbürokratisch, das ITDZ ist zu teuer und zu langsam, und die Ausstattung mit Breitband, LAN und WLAN erfolgt nur schleppend. Die Filiale meiner Schule in der Darßer Straße besitzt auf dem Papier einen Breitbandanschluss. Das Problem ist, der endet im Hausmeisterbüro und kommt in den Klassen nicht an, weil es keine LAN-Ausstattung gibt. Darüber hinaus sind die Lehrkräfteausstattung, die Ausstattung mit IT-Administratoren und Schulsozialpädagoginnen bzw. -pädagogen unzureichend.

Corona schlägt Breschen in die Ausbildung. Wir haben jetzt Studierende und vor allen Dingen Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschulen, die im Grunde noch nie ein richtiges Praktikum absolviert haben. Wir haben Schülerinnen und Schüler in den Berufsfachschulen im Bildungsgang für sozialpädagogische Assistenz und soziale Assistenz, die für die Erzieherausbildung Teile der Praktika angerechnet bekommen sollen, die de facto drei Wochen real in einer Kita waren und jetzt in die Prüfung gehen.

Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen



Corona schlägt Breschen in die Ausbildung

- Die Studierenden des jetzigen 2. Ausbildungsjahrgangs haben das erste Praktikum (März-Juni 2020) nicht in den Einrichtungen absolvieren können. Das zweite Praktikum (Januar-April 2021) kann bisher ebenfalls nicht in den Einrichtungen stattfinden.
Es ist absehbar, dass Studierende im letzten Praktikum (August21-Januar22), in dem sie eigentlich ihre bereits erworbenen Kompetenzen anwenden sollen, erstmalig z.B. in einer Kita sind.
- Die mangelhafte IT-Ausstattung lässt einen Hybridunterricht nicht zu. Lehrkräfte müssen ihre häusliche IT nutzen.
- Auch der Wechselunterricht ist für einzelne Jahrgänge nicht möglich. Lehrkräfte müssten teilweise mehrmals am Tag zwischen Schule und häuslichem Arbeitszimmer wechseln.
Ein Beispiel: Wenn eine Lehrkraft im ersten Block im 13. Jahrgang Unterricht hat, muss sie in der Schule sein. Unterrichtet sie im zweiten Block im 12. Jahrgang, muss sie wieder schnell nach Hause. Im dritten Block hat sie wieder im 13. Jahrgang
- Dass saLzH kein Ersatz für Präsenzunterricht ist, dürfte allgemein bekannt sein.

Die mangelhafte IT-Ausstattung lässt keinen Hybridunterricht zu. Die Lehrkräfte müssen die häusliche IT nutzen. Das Gleiche gilt für den Wechselunterricht. Eine Lehrkraft kann entweder zu Hause in saLzH tätig sein oder in der Schule im Präsenzunterricht, beides geht leider nicht. Ich glaube, ich brauche es nicht weiter auszuführen, dass saLzH keinen Präsenzunterricht ersetzt.

Die Eltern macht der Fachkräftemangel in den Kita momentan eher still. Nach meiner Beobachtung sind viele Eltern froh, überhaupt einen Platz in der Kita ergattert zu haben und haben Furcht, sich zu Qualitätsmängeln generell zu äußern.

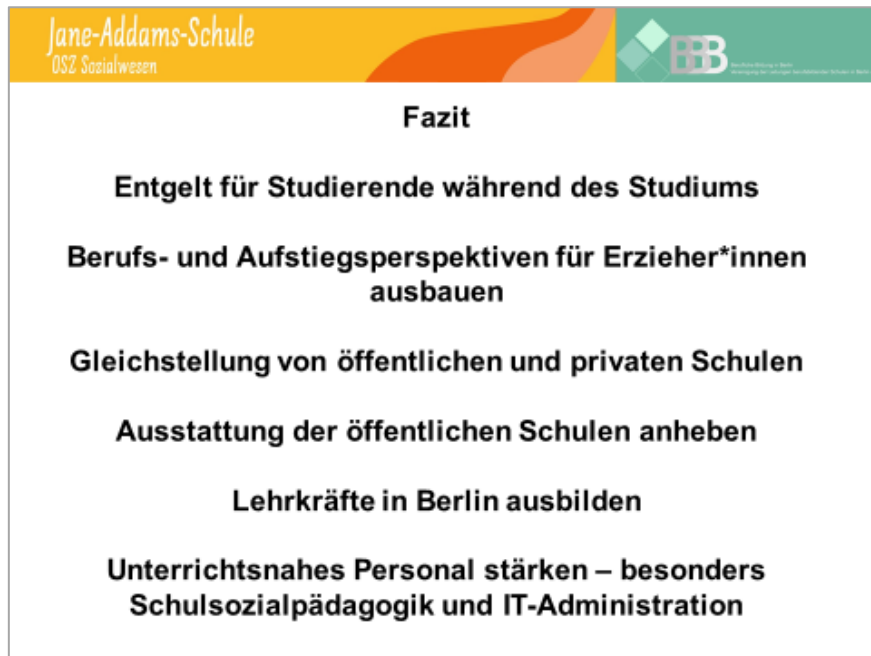
Jane-Addams-Schule
OSZ Sozialwesen



Der Fachkräftemangel in den Kitas macht Eltern eher still

- Erziehungsberechtigte sind froh, wenn sie für ihre Kinder einen Platz in der Kita „ergattern“.
- Kritik an der Qualität wird aus Furcht, den Platz wieder zu verlieren, eher nicht geäußert.
- Sollte der Fachkräftemangel – eines fernen Tages – behoben sein, wird eine sehr kontrovers geführte Debatte über die Qualität geführt werden.
- Derzeit werden die Kitas – und auch die Schulen - in der Öffentlichkeit stark unter dem Aspekt „Betreuung“ betrachtet. „Bildung“ erscheint sekundär. Wir waren in der gesellschaftlichen Debatte schon mal weiter!

Wenn der Fachkräftemangel – ich habe heute ja gehört, der soll demnächst behoben sein, doch seien Sie mir nicht böse, allein mir fehlt der Glaube daran – wirklich mal eines fernen Tages behoben sein sollte, dann wird es eine sehr kontroverse Qualitätsdebatte geben. Da werden uns manche Debatten, die jetzt geführt werden, im Nachhinein milde vorkommen.



Fazit: Ich denke, man sollte mehr Geld für die Studierenden während des Studiums einstellen, die Berufs- und Aufstiegsperspektiven für Erzieherinnen und Erzieher müssten ausgebaut werden, die Senatsverwaltung muss auf Ergebnisse ausgerichtet sein und nicht auf Prozesse, die Gleichstellung von öffentlichen und privaten Schulen, die Ausstattung der öffentlichen Schulen muss angehoben werden, sozialpädagogische Lehrkräfte sollten ausgebildet werden und unterrichtsnahes Personal muss gestärkt werden. Das können die Lehrkräfte nicht immer allein stemmen. Wir können uns nicht den Bürgersteig aufbuddeln, um dort das Glasfaserkabel zu verlegen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch wir danken Ihnen, Herr Michelau, und machen weiter mit einer weiteren Präsentation, die uns jetzt von Frau Prof. Dr. Naujok vorgestellt wird. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Natascha Naujok (Evangelische Hochschule Berlin – EHB –) [zugeschaltet]: Danke schön! – Guten Tag an alle! Sehr geehrte Staatssekretärinnen! Sehr geehrte Vorsitzende und sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die ich bisher hören konnte!



**Fachkräftebedarf in den Sozial- und Erzieherberufen:
quantitative und qualitative Herausforderungen für die öffentlichen beruflichen Schulen**

Präsentation zur Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie des Abgeordnetenhauses von Berlin, 04. März 2021



Es war sehr eindrucksvoll, was Sie vorgetragen haben. Herr Michelau! Ich kann jeden Punkt Ihres Fazits nur unterstreichen. Ich habe auch eine Präsentation vorbereitet. Die ist kürzer und besteht lediglich aus drei Folien. Ich beginne mit den quantitativen Herausforderungen, komme dann zu den qualitativen Herausforderungen und schließlich zur Einschätzung der Qualifikationssituation in Berlin.

Vier Punkte möchte ich zu den quantitativen Herausforderungen sagen. Wir haben eine Demografieprognose für das Land Berlin, die eindeutig belegt, dass hier Herausforderungen vorhanden sind.

Fachkräftebedarf – Quantitative Herausforderungen



Demografie-Prognose für das Land Berlin

- Geburtenanstieg 2010: 33.400 / 2019: 40.200 (12 %), davon knapp 50 % „mit Migrationshintergrund“ (LM-Basisdaten)
- Prognose bis 2030: „Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wird um knapp 13 Prozent (+ 79.000 Personen) steigen.“ (PM v. 25.02.2021)

Teilhabe und Bedarfe der Familien

- Teilhabequote: 44 % ↔ Teilhabedarf: 61 % (LM, S. 4)

Personalschlüssel

- Wiss. Empfehlung für U3: 3 Kinder/1 PFK, für 3-6 J.: 7,5 Kinder/1 PFK
- **Nicht** erreicht bei: 56 % Kindergartengruppen
93 % U3-Gruppen
96 % altersübergreifende Gruppen (LM, S. 9)

Altersstruktur der Beschäftigten

- 17 % ≥ 55 Jahre (LM, S. 4)

→ erheblicher quantitativer Fachkräftebedarf

Prof. Dr. Natascha Naujok, EHB, 04. März 2021, Anhörung zu Fachkräftebedarf, Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

2

Zum einen haben wir die Basisdaten des Ländermonitorings der Bertelsmann-Stiftung. Die Bertelsmann-Stiftung gibt für die verschiedenen Bundesländern ein Monitoring für frühkindliche Bildungsbereiche heraus. In dem Monitoring aus dem Jahr 2020 wird beschrieben, dass ein Geburtenanstieg vollzogen wurde, und zwar von 33 400 Geburten im Jahr 2010 auf 40 200 Geburten im Jahr 2016, das ist ein Anstieg von 12 Prozent. Von diesen Kindern haben knapp 50 Prozent einen Migrationshintergrund. Ich will jetzt nicht über den Begriff streiten, das ist ein Zitat aus dem Ländermonitoring. Am 25. Februar 2020 gab der Berliner Senat eine Pressemitteilung heraus, in der es um die Bevölkerungsprognose bis 2030 geht. – Ich zitiere daraus:

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wird um knapp 13 Prozent steigen. Das ist ein Plus von 79 000 Personen.

Es ist nicht differenziert, wie viele dieser Kinder in welchen Altersgruppen unter 18 Jahren sind, aber es dürfte deutlich sein, dass sehr viele junge Kinder dazu kommen werden.

Der zweite Punkt ist das Verhältnis von Teilhabe und Bedarfen der Familie. Die Teilhabequote an der Betreuung von Kindern unter drei Jahren liegt bei 44 Prozent, damit hat sie sich seit dem Rechtsanspruch nicht verändert. Die Quote ist also gleich geblieben, auch wenn sich die Zahl der Kinder, die in der Kita sind, erhöht hat. Der Teilhabebedarf liegt aber bei 61 Prozent. Wir haben hier also eine eklatante Kluft von 17 Prozent. Familiäre Bedarfe können also nicht befriedigt werden.

Den dritten Punkt hat auch Milea Lauer in ihrer Präsentation angesprochen. Es gibt für den Personalschlüssel eine wissenschaftliche Empfehlung: Für Kinder unter drei Jahren liegt er bei drei Kindern für eine pädagogische Fachkraft, bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren soll sich eine pädagogische Fachkraft um nicht mehr als 7,5 Kinder – das ist so eine statistische Zahl – kümmern müssen. Diese Zahlen werden bei 56 Prozent der Kindergartengruppen – das ist auch ein Wort aus dem Ländermonitoring –, bei 93 Prozent der Gruppen der unter Dreijährigen und bei 96 Prozent der altersübergreifenden Gruppen nicht erreicht.

Der vierte Punkt ist dagegen eher zu vernachlässigen, aber darauf hinweisen möchte ich doch: Die Altersstruktur der Berliner Beschäftigten sieht so aus, dass derzeit 17 Prozent der pädagogischen Fachkräfte 55 Jahre oder älter sind. Daraus ergibt sich natürlich, dass man für die Zeit, in der diese Beschäftigten nicht mehr in den Einrichtungen sein werden, vorsorgen muss. Das heißt: Wir haben es mit einem erheblichen quantitativen Fachkräftebedarf zu tun.

Die zweite Bedarfsdimension stellen die qualitativen Herausforderungen dar. Die Aufgaben in der Kita sind seit 1990 als Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag gesetzlich verankert. Es geht also um weit mehr als um die Betreuung. Es geht um die Begleitung, die Förderung der sozialen, emotionalen, körperlichen und geistigen Entwicklung.

Fachkräftebedarf – **Qualitative** Herausforderungen

Aufgaben in der Kita (§ 22 Abs. 3 SGB VIII; §§ 1, 5a, 10 KitaFoG Berlin; BBP 2014)

- **Gesetzlich verankerter Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag** (seit 1990)
- Soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung; orientierende Werte und Regeln; pädagogische Konzepte; Beobachtung und Dokumentation von Bildungs- und Entwicklungsprozessen; interne und externe Evaluationsprozesse

Arbeitsfelder jenseits von Kita

- Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten, Familienbildung/-beratung, Familienzentren, Schulen, Sozialpädiatrische Zentren (SPZ), Eingliederungshilfen, stationäre Kinder- und Jugendhilfe, ...
- **Öffentlicher Dienst & freigeinnützige Träger**

Komplexität der Anforderungen

- Diversitätssensibilität; Interkulturelle Kompetenzen; Sprache und Mehrsprachigkeit; Digitalisierung; Internationalisierung

→ erheblicher Bedarf an hoch qualifiziertem Personal

Prof. Dr. Natascha Naujok, EHB, 04. März 2021, Anhörung zu Fachkräftebedarf, Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

3

Ich habe oben vermerkt, auf welche Quellen ich mich beziehe. Das Berliner Bildungsprogramm, das Milea Lauer erwähnt hat, ist auch dabei. Die pädagogischen Fachkräfte sollen orientierende Werte und Regeln vermitteln. Sie sollen in der Lage sein, pädagogische Konzepte zu erstellen. Dafür müssen sie auf jeden Fall lesen und schreiben können. Sie müssen Bildungs- und Entwicklungsprozesse beobachten können, interne und externe Evaluationsprozesse durchführen bzw. nachvollziehen und da kooperieren können.

Es gibt auch jenseits von Kita große Arbeitsfelder, nämlich im Feld der Kinder- und Jugendhilfe, Familienbildung, -beratung, Familienzentren, der Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten in verschiedenen Kontexten. Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten auch in Schulen – nicht nur als Lehrerinnen und Lehrer – insbesondere im Ganztag. – Wenn der Ganztag ausgebaut werden soll, werden wir es mit einem erheblichen Anstieg an Bedarf zu tun bekommen. – Sie arbeiten in sozialpädiatrischen Zentren, in Eingliederungshilfen – insbesondere im Kontext der Inklusion.

Ich habe hier nur die Zahlen für den öffentlichen Dienst und für die freigeinnützigen Träger. Es ist hervorzuheben, dass sehr viele nicht im öffentlichen Dienst, sondern bei den freigeinnützigen Trägern arbeiten. Diese geraten hinsichtlich der Zahl ein bisschen aus dem Blick. In den Kitas sind 11 Prozent der pädagogischen Fachkräfte beim öffentlichen Dienst und 89 Prozent bei freien Trägern angestellt sind.

Ganz allgemein steigt die Komplexität der Anforderungen aller pädagogischen Berufe damit, dass sich die gesellschaftlichen Zusammensetzungen und Bedingungen ändern. Sie müssen dringend über Diversitätssensibilität verfügen, über interkulturelle Kompetenzen, Inklusionskompetenzen, sie müssen viel über Sprache und sehr viel über Mehrsprachigkeit wissen – die Bereiche Internationalisierung und Digitalisierung wurden bereits angesprochen. Das heißt, wir haben einen erheblichen Bedarf an hochqualifiziertem Personal.

Ich komme noch einmal auf die Qualifikationssituation zurück. Einiges dazu wurde von den bereits angehörten Kolleginnen und Kollegen schon gesagt. Ich habe Ihnen die Zahlen zur Zusammensetzung der Abschlüsse der Fachkräften, die in den Berliner Kitas beschäftigt sind, zusammengestellt. Ich möchte das nicht alles vorlesen. Sie können sich selbst davon ein Bild machen.

Fachkräftebedarf – Qualifikationssituation

Pädagogisches Personal in Berliner Kitas (LM, S. 14)

- 5,7 % Hochschulabschluss
- 71,2 % Fachschulabschluss
- 2,8 % Berufsfachschule
- 5,4 % sonstige Ausbildungen
- 12,5 % in Ausbildung
- 2,4 % ohne Abschluss

➤ **Bedarfe der Stadt (öffentlicher Dienst & freie Träger) nicht gedeckt**

➤ **Hohe Nachfrage an berufsintegrierenden Ausbildungsgängen der Fachschulen**

➤ **Hohe Nachfrage an Studienplätzen in der Kindheitspädagogik**
→ **strukturelles Problem**

VIelen DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Prof. Dr. Natascha Naujok, EHB, 04. März 2021, Anhörung zu Fachkräftebedarf, Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie4

Der Fachschulabschluss ist nach wie vor bei weitem am stärksten vertreten, aber wir haben auch einige andere. Die Hochschulen sind mit 5,7 Prozent vertreten. Wir können feststellen, dass die Bedarfe der Stadt im öffentlichen Dienst und bei den freien Trägern nicht gedeckt sind. Gleichzeitig ist aber eine hohe Nachfrage an berufsintegrierenden Ausbildungsgängen der Fachschulen und eine hohe Nachfrage an Studienplätzen in der Kindheitspädagogik zu verzeichnen. Das wurde von den Kolleginnen und Kollegen schon bestätigt. Die Berufsausbildung scheint es nicht zu schaffen, die Bedarfe zu decken.

Exemplarisch für mein Haus gesprochen: Wir haben regelmäßig deutlich mehr Bewerbungen als Studienplätze. Wir würden sehr gern eine zweite Kohorte aufstocken, darum bemühen wir uns schon seit Jahren. Das könnte ein Vollzeitstudium sein, aber wir haben auch ein innovatives praxisintegrierendes Konzept entworfen. Im Sinne der oben ausgeführten inhaltlichen Bedarfe, also der qualitativen Bedarfe, haben wir auch zwei für die Stadt sehr interessante verpflichtende Schwerpunkte, nämlich einmal Sprache, Kommunikation, Mehrsprachigkeit und Literacy, und zum anderen Religion als Dimension von Bildung. Es geht dabei nicht um evangelische Religionspädagogik, sondern vordringlich um den Dialog der Religionen.

Wir haben es aber in Berlin mit einem strukturellen Problem zu tun: Die Finanzierung der Studiengänge liegt nicht bei Ihnen, sondern beim Ausschuss für Wissenschaft und Forschung. Da müsste es vielleicht noch einen regeren Austausch geben.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Prof. Naujok! Dürfte ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen? Sie können Ihre letzten Sätze noch formulieren. Ich möchte Sie nicht abschneiden, vielleicht die letzten zwei, drei Sätze noch. Bitte schön!

Dr. Natascha Naujok (EHB) [zugeschaltet]: Vielen Dank! Ich glaube, der Hinweis darauf, dass ein strukturelles Problem vorliegt, war ein passender letzter Satz. – Vielen Dank!

Quellen	
BBP 2014 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (2014): Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege. Weimar, Berlin: verlag das netz. https://www.berlin.de/familie/de/Informationen/berliner-bildungsprogramm-141 ; 02.03.2021	
KMK 05.10.2000 KMK-Beschluss „Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern heute – Fachleute für das Lernen“ vom 05.10.2000 https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2000/2000_10_05-Bremer-Erkl-Lehrerbildung.pdf ; 02.03.2021	
LM Bock-Famulla, Kathrin / Münchow, Anne/ Berg, Eva (2020): Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2020 – Profile der Bundesländer. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung https://www.laendermonitor.de/de/report-profile-der-bundeslaender/bundeslaender/berlin ; 01.03.2021	
LM-Basisdaten https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/basisdaten/basisdaten_b_e.pdf ; 01.03.2021	
PM v. 25.02.2021 https://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.899268.php ; 01.03.2021	

Prof. Dr. Natascha Naujok, EHB, 04. März 2021, Anhörung zu Fachkräftebedarf, Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

5

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann danken wir Ihnen auch und machen mit einer weiteren Präsentation weiter, die von Frau Piebsch vorgetragen wird. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Anne Priebisch (Anna-Freud-Schule OSZ Sozialwesen I; Schulleiterin) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete und natürlich auch sehr geehrte Staatssekretärinnen! Ich freue mich, dass ich hier bin. Ich bin nicht nur Schulleiterin einer sozialpädagogischen öffentlichen Schule, sondern auch Mitglied der Vereinigung der Leitung der berufsbildenden Schulen in Berlin.



Anhörung im BildJugFam- Ausschuss des Abgeordnetenhauses

Fachkräftebedarf in den Sozial- und Erzieherberufen:
quantitative und qualitative Herausforderungen für die
öffentlichen beruflichen Schulen

Anne Priebisch
Berufliche Bildung in Berlin
Vereinigung der Leitungen berufsbildender Schulen in Berlin e.V.

Ich möchte diese Präsentation gern auf der Basis statistischer Daten, die die Senatsverwaltung für Bildung selbst herausgegeben hat, und meiner Erfahrungen als Schulleiterin halten. Ich sehe zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern und der Stand der Absolventinnen und Absolventen nicht deckungsgleich ist.



Herausforderungen für die öffentlichen Fachschulen

Bedarf und
Absolventen nicht
deckungsgleich

Bildungsauftrag
des Staates

Qualitätssicherung
ist nicht im Fokus der
Bildungspolitik.

04.03.2021 Anne Priebisch 1

Ich möchte gern den Bildungsauftrag des Staates vor dem Hintergrund von Qualitätssicherung und Bedarfsabsicherung beleuchten. Ich wage die These, dass im Moment die Qualitätssicherung nicht im Fokus der Bildungspolitik ist.

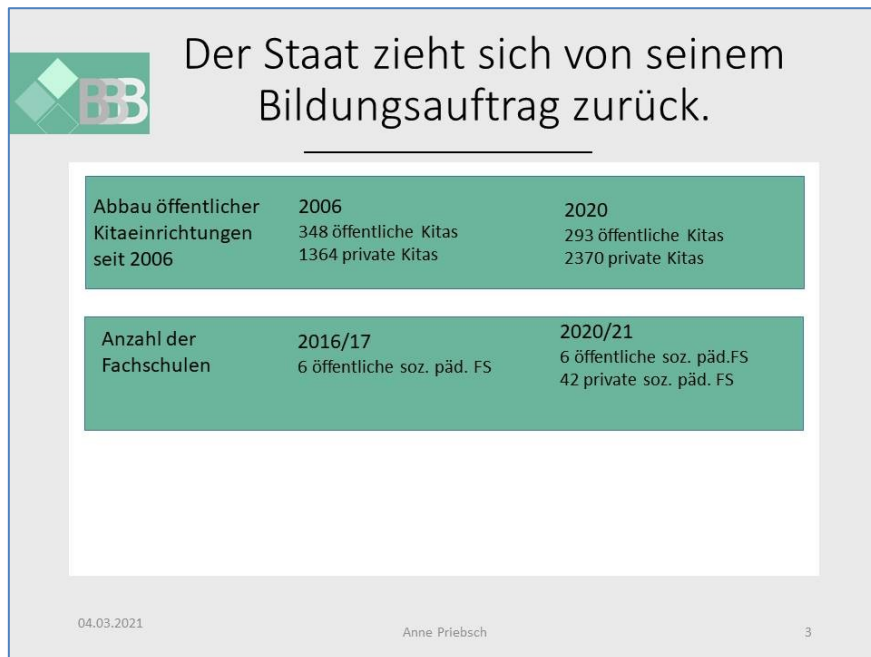
Bei der Betrachtung der Bevölkerungsprognose habe ich festgestellt, dass die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 einen Anstieg der unter Sechsjährigen um 7 Prozent, der 6- bis 18-Jährigen um 17 Prozent und der 18- bis 25-Jährigen um 3 Prozent angibt.



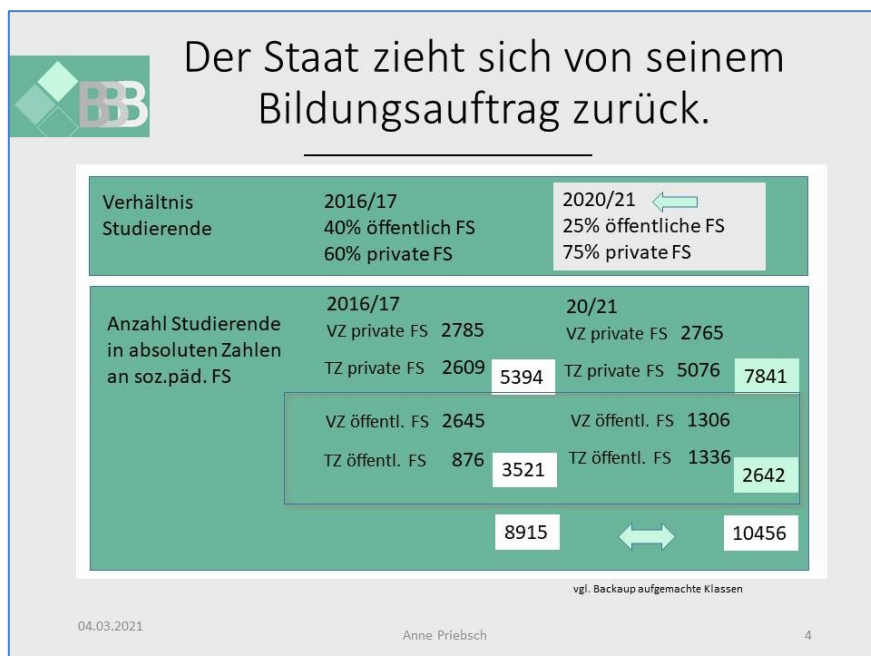
Wenn ich dem gegenüber stelle, dass sich die Absolventenzahlen von 2014/15 bis 2019/20 nur unwesentlich erhöht haben – gerade was die Absolventenzahlen von öffentlichen und privaten Fachschulen der letzten vier Jahre betrifft –, haben sich da keine große Veränderung ergeben. Es hat sich allerdings die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen der öffentlichen gegenüber der privaten Fachschulen stark verschoben.

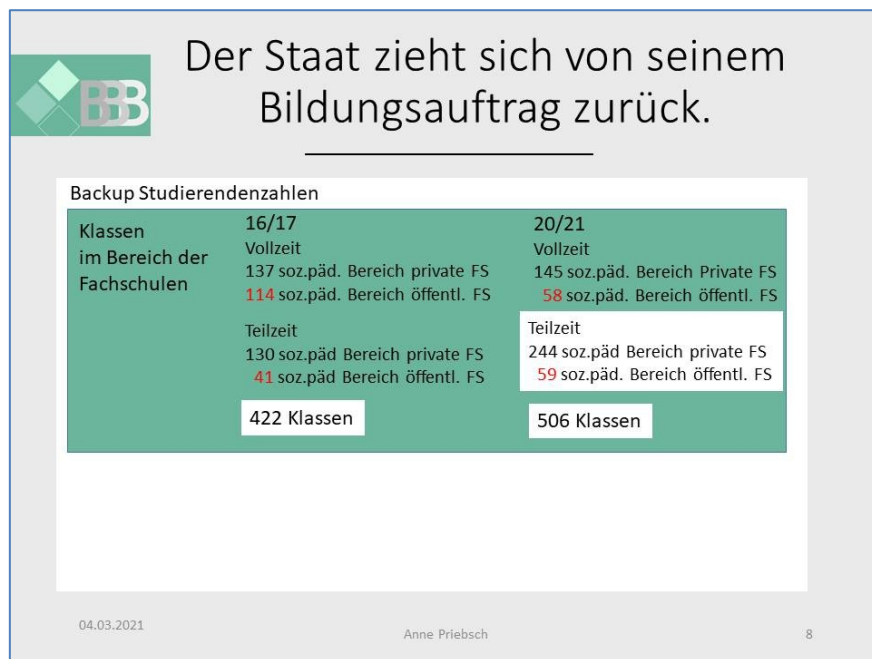
Im Kitabereich lag 2006 die Anzahl der öffentlich betriebenen Kitas bei 348, im Jahr 2020 waren es 293, demgegenüber ist die Anzahl der privaten Kitas massiv gestiegen.

Zur Entwicklung der Fachschulen: 2016/17 und auch 2020/21 gab es sechs öffentliche sozialpädagogische Fachschulen, denen stehen mittlerweile 42 private sozialpädagogische Fachschulen gegenüber. Das heißt, die Anzahl der staatlichen Fachschulen hat sich in dem Bereich überhaupt nicht erhöht. Das Verhältnis der Studierenden zwischen den privaten und den öffentlichen Fachschulen, was Herr Michelau auch erwähnt hat, ist sehr stark einer Veränderung unterlegen. 2016/17 waren es noch 40 Prozent der Studierenden, die in öffentlichen Fachschulen unterrichtet wurden, 2020 sind es nur noch 25 Prozent.

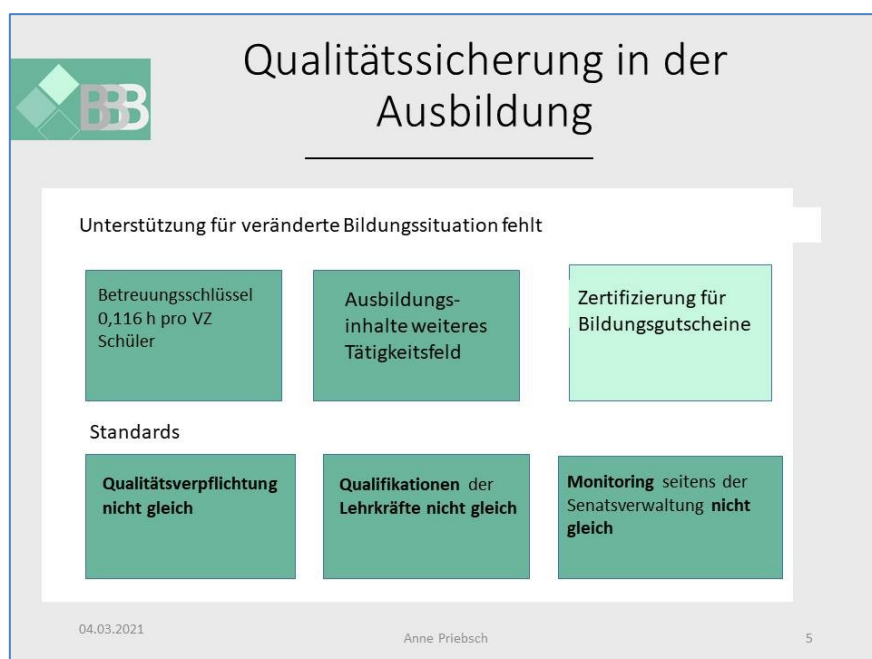


Bei der Anzahl der Studierenden in absoluten Zahlen sehen wir, dass sich hier eine Verlagerung der Vollzeit- in die Teilzeitausbildung ergeben hat. An der Verschiebung der absoluten Zahlen in diesem Zusammenhang erkennen wir, dass sich trotz aller Bemühungen und der Vielzahl an privaten Fachschulen, die aufgemacht wurden, die Zahl der Studierenden in den Fachschulen nur um ungefähr 1 500 Studierende erhöht hat.





Es ist die Tendenz erkennbar, dass die berufsbegleitende Teilzeitausbildung immer stärker nachgefragt wird, die Anzahl der Studierenden sich aber ansonsten nicht groß erhöht. Für die staatlichen Schulen kann ich angeben, dass wir eine viel höhere Zahl an Schulplätzen anbieten, die an dieser Stelle nicht nachgefragt und auch nicht ausgeschöpft wird. Das heißt, wir haben ein Angebot, das aber nicht wahrgenommen wird.



In Bezug auf die Qualitätssicherung in der Ausbildung sehe ich bei den staatlichen Schulen, dass die Unterstützung für die veränderte Bildungssituation fehlt.

Wir haben eine verstärkte Ausbildung in der Teilzeit, aber wir haben keine Möglichkeit, ein massives Betreuungsangebot für diese Teilzeitstudierenden anzubieten. Wir erhalten von der Senatsverwaltung für die Vollzeitstudierenden und deren Begleitung im Rahmen der Praktika einen Betreuungsschlüssel für Schüler für Beratungsgespräche. Für die Teilzeitstudierenden wird uns das nicht gewährt, obwohl sie sich im Rahmen einer Ausbildung in einer Einrichtung befinden, und der Kontakt mehr zur Einrichtung und weniger zur Schule gegeben ist. Das heißt, für uns als Schule ist der Austausch bezüglich der Inhalte, die in der Ausbildung vermittelt werden sollen, weniger möglich.



Qualitätssicherung in der Ausbildung

Backup	
Betreuungsschlüssel 0,116 h pro VZ Schüler	Wird nicht für TZ Studierende gewährt. Es gibt keine Stunden für Besuche in der Praxis. Eine Kontrolle der Ausbildungssituation unterbleibt. Die Abstimmung schulischer Inhalte mit denen der Praxisstellen wird erschwert.
Ausweitung der TZ	Hauptarbeitgeber sind Träger von Kindertagesstätten. Die Unterweisung in die a Tätigkeitsfelder geht ohne, dass dafür von Seiten der Arbeitgeber Zeit gewährt wird zu Lasten der Schule.
Zertifizierung für Bildungsgutscheine	Diese von der Arbeitsagentur für private, wie öffentliche Schulen geforderte Zertifizierung untersucht nur die Verwaltungsprozesse und nicht die Unterrichtsqualität.

04.03.2021 Anne Priebsch 9

Wir haben außerdem das Problem, dass sich eine Vielzahl der Teilzeitstudierenden in der berufsbegleitenden Ausbildung in dem Bereich Kita befindet. Die Ausbildung einer Erzieherin oder eines Erziehers besteht aber nicht nur aus der Tätigkeit in der Kindertagesstätte, sondern es gibt weitere Tätigkeitsfelder, die auch meine Vorrednerin mit angeführt hat. Im Rahmen der Ausbildung ist es notwendig, auch diese Tätigkeitsfelder zu vermitteln. In der Vergangenheit ist aber vermisst worden, dass der Arbeitgeber tatsächlich verpflichtet wird, diese anderen Tätigkeitsfelder zu vermitteln. Diese Last wird allein den Schulen aufgetragen. Sie müssen sehen, wie sie das mitvermitteln, obwohl sie dafür weder zeitliche noch personelle Ressourcen bekommen.



Qualitätssicherung in der Ausbildung

Backup

Vorgaben sind für öffentliche und private Schulen nicht gleich	z.B. gilt an den öffentlichen Schulen • Schulverträge • Evaluationspflicht • Schulinspektion
Monitoring seitens der Senatsverwaltung für private berufl. Schulen	z.B. nur 1 – 1,5 Stellen als operative Schulaufsicht
Qualifikationen vieler Lehrkräfte an privaten berufl. Schulen	nicht ausreichend für eine Festeinstellung in einer öffentlichen Schule.

04.03.2021 Anne Priebisch 10

Die Qualitätsverpflichtungen sind, wie auch Herr Michelau erwähnt hat, für die staatlichen und die privaten Schulen nicht dieselben. Die staatlichen Schulen werden zu Schulverträgen verpflichtet, es gibt die Schulinspektion und eine Evaluationspflicht. Diese sehe ich im Moment im Rahmen der privaten Schulen nicht; außerdem ist das Monitoring seitens der Senatsverwaltung nicht gleich. Herr Michelau hat es genau aufgeführt: Wenn wir fünf Schulen plus zwei weitere Schulen bei einer Schulaufsichtsbeamtin sind, und ich ansonsten 1,5 Stellen – so stellt sich mir das im Moment dar – für das Monitoring sämtlicher Fachschulen im Land Berlin habe, dann sehe ich da ein leichtes Ungleichgewicht.

Hinsichtlich der Qualifikationen, die die Lehrkräfte haben müssen, die ich an den staatlichen Schulen einstellen kann, hat meine Tätigkeit im Rahmen der Beratungen am Berlntag gezeigt, dass ich sehr vielen Dozentinnen und Dozenten, die eine langjährige Tätigkeit an einer privaten Fachschule gehabt haben, leider sagen muss, dass ich sie an einer staatlichen Schule nicht in die Festeinstellung übernehmen kann, weil die Qualifikationsansprüche zwischen diesen beiden Schulformen nicht gleich sind.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Priebisch! Ich muss auch Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Bitte Ihre letzten Sätze!

Anne Priebisch (Anna-Freud-Schule) [zugeschaltet]: Man kann also sagen: Es gibt keine signifikante Erhöhung der Absolventen, die frühkindliche Bildung und die Ausbildung sind nicht mehr in staatlicher Hand und die Schulplatzangebote werden nicht wahrgenommen.



Fazit

Keine signifikante Erhöhung der Absolvent*innen	Schulplatzangebote nicht wahrgenommen	Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich nicht gelöst.
Frühkindlichen Bildung und Ausbildung nicht mehr in staatl. Hand.	Qualitätsstandard-gefälle	Sinkende Einflussmöglichkeit des Staates auf Bildung.
Anforderungen Vorbildung/Weiterqualifizierung Lehrkräfte	Beratungsstunden in der TZ	Sicherung der Qualität als Aufgabe des Staates
ASozPädVO nicht angepasst an Bedürfnisse	Spannungsfeld Ausbildungsstand – Verantwortung (TZ)	
	Zertifizierung	

04.03.2021
Anne Priebsch
6



Fazit

Backup

Keine signifikante Erhöhung der Absolvent*innenzahlen der Fachschule zwischen 2015/16 und 2019/20
TROTZ
Genehmigung vieler neuer Fachschulen
OBWOHL
die öffentliche Hand die Finanzierung der Schulplätze privater Fachschulen übernimmt und kein Schulgeld mehr gezahlt werden muss.

Dem Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich in den Kitas, der Jugendfürsorge, den Jugendbetreuungseinrichtungen konnte mit den Maßnahmen der Vergangenheit nicht begegnet werden.

Der Bildungsauftrag des Staates im Bereich der frühkindlichen Bildung und im Bereich der Ausbildung der Fachkräfte in der Erzieherausbildung wurde kontinuierlich in private Hände gegeben.

04.03.2021
Anne Priebsch
11



Fazit

Backup

Die öffentlichen Schulen sehen sich weiterhin in der Lage ihren Beitrag zur Fachkräfteoffensive zu leisten. Sie bieten jedes Jahr mehr Schulplätze an als wahrgenommen werden.
Daraus lässt sich schließen, dass die Attraktivität des Berufes erhöht werden muss, um mehr Fachkräfte zu gewinnen, da die absoluten Zahlen der Interessierten und der Absolventinnen seit dem Abschlussjahr 2015/16 nicht signifikant gesteigert werden konnten.

Die gestiegene Anzahl derjenigen die an der berufsbegleitenden Teilzeitausbildung teilnehmen ist besorgniserregend, da dies bedeutet, dass der Anteil der nicht vollständig ausgebildeten Personen, die in der Kita die Verantwortung für Kinder unter 6 Jahren übernehmen muss, stark angestiegen ist, um dem Bedarf der Bevölkerung an Kitaplätzen gerecht zu werden.

04.03.2021 Anne Priebsch 12



Fazit

Backup

Unterschiedliche Anforderungen an die Vorbildung und Weiterqualifizierung zwischen öffentlichen und beruflichen Schulen können zu unterschiedlicher Qualität in der Ausbildung führen.

Der Bildungsauftrag liegt in der Hand des Staates. Hieraus ließe sich ableiten, dass die Evaluationsstandards für Schulen in öffentlicher und privater Hand gleich sind und auch mit den gleichen Ressourcen in der Senatsverwaltung unterlegt sind.

Obwohl die Ausbildung vereinseitigt wurde, da das Hauptbeschäftigungsfeld in der TZ im Kitabereich liegt, wurde für die staatlichen Schulen weder im Bereich der Zumessung an Betreuungsstunden erhöht noch den Betrieben die Auflage erteilt auch in den weiteren Tätigkeitsfeldern auszubilden.

04.03.2021 Anne Priebsch 13



Fazit

Backup

Durch die Verpflichtung der **externen Zertifizierung** durch certqua der öffentl. beruflichen Schulen analog zu privaten Bildungseinrichtungen durch die Agentur für Arbeit gibt es für die öffentlichen Schulen eine weitere **Evaluation der Verwaltungsprozesse, die Ressourcen erfordert, für die es keine Entlastung gibt.**

04.03.2021

Anne Priebsch

14



Quellen

☑ Zahlen ☑ Daten ☑ Fakten Ausgewählte Eckdaten Berufliche Schulen 2015/2016
zahlen_daten_fakten_bs_2015_16.

zahlen_daten_fakten_bs_2016_17
blickpunkt_schule_2016_17

blickpunkt_tabellen_berufliche_schulen_2019-20.
blickpunkt_schule_tab_bs_2020-21

Bevölkerungsprognose Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

04.03.2021

Anne Priebsch

7

Das heißt, dass es weiterhin einen Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich geben wird. Ich sehe tatsächlich ein Spannungsfeld zwischen den Ausbildungsstandards und den Verantwortungen in der Teilzeit. Das ist für mich eine Aufgabe, die der Staat mitübernehmen muss. Da ist Handlungsbedarf gefordert. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Wir danken Ihnen und machen mit Frau Sperle weiter – ohne Präsentation, live. Hier zählt das Wort. – Bitte schön!

Babette Sperle (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden – DaKs – e. V.): Ich mache das live und in Farbe. Ich begrüße Sie recht herzlich! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Staatssekretärinnen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich am Ende eines solchen großen Blumenstraußes immer ein bisschen schwierig, da wieder den Bogen zu fassen. Ich werde das versuchen und gucke aus einer etwas anderen Perspektive auf das Thema.

Ich komme ja vom Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden. Wir betreiben weder eine freie Fachschule, noch sind wir selbst Kitaträger. Ich bin also ein bisschen der kleine Helikopter, der von oben draufguckt. Ich möchte, auch wenn das ein bisschen anstrengend ist, noch mal mit Zahlen zu beginnen und daran erinnern, dass wir in der Tat in den nächsten Jahren einen Fachkräftebedarf von weiteren 10 000 Menschen, die wir für das Kitasystem benötigen, haben werden. Im KEP sind auch die Quereinsteigenden miteingepreist. Das heißt, der KEP baut darauf, dass wir auch weiterhin Quereinsteigerrinnen und -einsteiger in das System holen und die Anzahl an Menschen, die sich für diesen Weg entscheiden, auch weiter so hoch bleibt, wie er heute ist. Wir haben aktuell in unseren Berliner Kindertagesstätten ca. 25 Prozent der Beschäftigten, die aus dem Quereinstieg kommen, also eine sehr große Gruppe, mit der wir gute Arbeit leisten, aber die natürlich auch Herausforderungen mit sich bringt.

Wenn wir in den KEP schauen, dann haben Sie natürlich gesehen – und wir alle haben uns über die Botschaft gefreut –, dass es besser wird und wir einen Scheitelpunkt erreichen, ab wo wir eine Bedarfsüberbedeckung haben werden. Die Frage, die sich daraus ableitet und die ich Ihnen gerne heute schon mitgeben möchte, ist: Was tun wir mit diesen Ressourcen, die dann zur Verfügung steht? – Das ist eine zentrale, politische Frage, die sich in zwei Richtungen beantworten lässt: Gehen wir den Weg weiterer Personalschlüsselverbesserungen oder nutzen wir diese Ressource, um das System zu konsolidieren? – Was das sein könnte, und was ich damit meine, werde ich Ihnen am Ende noch kurz mitgeben.

Mit Blick auf den Bereich der Fachschulen, können wir nicht nur auf die öffentlichen Schulen schauen – das haben die Vorrednerinnen und Vorredner schon getan –, sondern wir müssen parallel auch die freien Schulen mit in den Blick nehmen, denn sie haben an Bedeutung in den letzten Jahren gewonnen, und zwar in einer Art und Weise, wie man sich das nicht hätte träumen lassen.

Und wir alle müssen froh und dankbar sein, dass das so passiert ist, denn sonst würden wir heute über ganz andere Themen reden als über: Wir sehen die Bergspitze. Darüber muss man sich im Klaren sein. Deshalb denke ich, es ist angezeigt, auch mal einen großen Dank zu sagen, dass die freien Schulen hier aus eigener Kraft in den letzten Jahren über 3 000 Schulplätze aufgebaut haben, die wir dringend gebraucht haben.

Wenn es um die Frage geht: Woran liegt es, dass der Bereich der öffentlichen Schulen ein bisschen an Bedeutung verloren hat? – An Bedeutung finde ich überhaupt nicht, denn sie sind sehr gut wahrzunehmen. Sie positionieren sich sehr deutlich und sehr klar. Herr Michelau hat das in sehr eindrücklicher Art und Weise auch gesagt. Ich finde es misslich, wenn wir beginnen, die öffentlichen und die freien Schulen auseinanderzudividieren und womöglich in eine Konkurrenz zu stellen. Wir brauchen vielmehr beide Segmente, und wir brauchen beide Segmente als eine geeinte Landschaft. Das ist an der Stelle besonders wichtig.

Dann ging es um die Begriffe Schulinspektion, Qualitätszirkel oder: Wie bekommen wir es hin, dass sich die Schulqualität stabil entwickelt und die Fachschulen, die vielleicht heute als die schwarzen Schafe wahrgenommen werden, zum Erfolg getragen werden? – Dann müssen wir uns mit dem Thema Wartefristen auseinandersetzen. Bei einer Fachschule, die sich in der Wartefrist befindet, also keine Finanzierung erhält, ist klar, dass das Land Berlin dort andere Standards anlegen muss, denn wenn das Land Berlin nicht zahlen, kann es auch nicht sagen: Ich schreibe dir aber vor, wen du beschäftigen musst. – Das ist etwas, wo man in der Konsequenz hingucken muss. Man kann nicht beides haben.

Was man sich weiterhin angucken muss, sind die Zugänge in die Teilzeitausbildung aus der Perspektive der Altersgruppen. Es wurde mehrfach beschrieben, dass wir in den letzten Jahren einen deutlichen Anteil von sehr jungen Menschen haben, die direkt nach dem Abitur ohne Umwege in die Teilzeitausbildung gehen. Klar, das ist finanziell wahnsinnig attraktiv. Wenn ich mein Abi gemacht und dann eine halbe Stelle in der Kita habe, dann verdiene ich richtig Geld. Aber es ist natürlich eine extrem belastende Situation für diese sehr jungen Menschen, aber auch für die Teams, die dort noch mal eine ganz andere Rolle und Aufgabe bekommen. Es gab bis vor ungefähr sieben Jahren eine Altersgrenze beim Zugang in die Teilzeitausbildung über die SozpädVO. Vielleicht muss man sich an der Stelle doch noch mal mit anschauen, ob man eine solche Altersgrenze wieder in den Blick nimmt.

Darüber hinaus ist immer noch ein Thema – es wird einige hier im Saal nicht überraschen, dass es auch ein Herzensthema für mich ist –, die Frage der Zugänge. Ich habe mit Freude gehört, Herr Michelau, dass Sie gesagt haben: Die Menschen, die mit einem Berufsabschluss, mit Berufserfahrung und einem MSA zu uns kommen, sind in ihrer Lernbereitschaft manchmal den Abiturienten überlegen. – Das freut mich zu hören, weil das etwas ist, was wir tagtäglich beobachten. Wenn wir uns erinnern: Seit ungefähr 15 Jahren gibt es in Berlin erst die Situation, dass das Abitur Voraussetzung für die Aufnahme der Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher ist. Also der ganz große Teil der heute in der Kita beschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen haben diesen Abschluss ohne Abitur, und denen spreche ich nicht ab, dass sie genauso gute Pädagoginnen und Pädagogen sind.

Darüber hinaus haben wir ein Modellprojekt laufen, das ist der Pilot 2+2 für Menschen, die gerade die Ausbildung zu Sozialassistenten machen und danach in eine verkürzte Erzieherausbildung münden. Das ist ein Pilot, der mit sehr vielen Auszubildenden sehr breit aufge-

stellt ist, und ich bin sehr dankbar, dass das Land Berlin an der Stelle diesen Weg geht und sagt: Wir schauen uns an, wie das funktioniert. – Ich hoffe, dass das ein sehr erfolgreicher Weg wird – im Moment sieht es wirklich gut aus – und dass die Überlegungen, die sich daran anschließen, dazu führen werden, dass wir erneut und dann erweitert über die Frage von Zugänglichkeit und Durchlässigkeit sprechen können. Ich glaube, dass da ein Stück weit die Zukunft, vielleicht gerade auch für die öffentlichen Schulen, liegen kann, denn die meisten Plätze in diesen Piloten laufen ja jetzt auch an den öffentlichen Schulen.

Ganz am Schluss möchte ich darauf zurückkommen, was ich eingangs angedeutet habe. Was meine ich mit Konsolidierung des Systems und der Frage: Was tut man mit der tollen Resource? – Die Senatorin hat ja schon vor ein paar Monaten in einem Interview gesagt: So, wie der KEP jetzt aussieht, können wir – hurra! – über Personalschlüsselverbesserungen sprechen. Da freuen sich alle im Kitabereich und alle Verbände ein Loch in den Bauch und sagen: Super! Das ist eine politische Botschaft. – Aber wir hören natürlich auch die Praktikerinnen und Praktiker, die Träger, die Teams, die sagen: Denkt bitte auch darüber nach, ob wir, wenn wir weiterhin in dem Umfang Quereinstieg laufen haben – und wir wissen ja jetzt, dass wir ihn brauchen – die berufsbegleitenden Auszubildenden ab dem ersten Tag in Gänze auf den Personalschlüssel anrechnen sollten, oder ob wir hier nicht auch ein Modell entwickeln, welches einen stufenweisen Aufwuchs ermöglicht.

Ich glaube, am Ende des Tages ist wie immer der Kompromiss und der goldene Mittelweg der beste. Ich würde mir heute wünschen, dass wir beides können, Personalschlüsselverbesserung und eine geringere Anrechenbarkeit. Mal gucken, was am Ende möglich sein wird, denn erst mal müssen wir ja auf die Spitze des Berges kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Auch Ihnen danke schön, Frau Sperle! – Ich würde jetzt um die Stellungnahme des Senats bitten. Hier hat Frau Staatssekretärin Klebba das Wort. – Bitte schön!

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für die unterschiedlichsten Facetten zum Thema Kitaentwicklung, die wir von den Anzuhörenden gehört haben. In der Tat ist die Kitaentwicklungsplanung ja hier die Grundlage. Ausgehend von einer Bevölkerungsprognose, die uns gerade in der Altersgruppe der 0- bis unter 7-jährigen ein deutliches Anwachsen prognostiziert, haben wir die Entwicklungsplanung aufgesetzt. Die einzelnen Zahlen sind daraus abzulesen. Wir werden mit jedem Jahr sehen, ob sich diese Prognose auch tatsächlich bewahrheitet. Wir haben erst kürzlich vom Amt für Statistik die Mitteilung bekommen, dass es sich möglicherweise nicht in dieser Größenordnung, gerade bei den Geburtenzahlen, entwickeln wird. Wir werden sehen. Es kann ja auch sein, dass es jetzt eher ein Nachholbedarf in den Standesämtern ist, dass die Statistik dem noch nicht standhält. Deswegen müssen wir noch schauen. Aber wie dem auch sei, es wird weiter einen Aufwuchs in dieser Bevölkerungsgruppe geben, und insofern ist der Platzausbaubedarf, der in der Entwicklungsplanung dargelegt ist, die Grundlage für die Diskussion, die wir gerade hier führen: Was heißt das für die Fachkräfteentwicklung und den Fachkräftebedarf?

Wenn ich in der Zukunft – die Entwicklungsplanung stellt den Zeitraum bis Mitte 2026 dar – insgesamt 26 000 weitere Plätze schaffen muss, wovon 15 500 schon im Entstehen sind, also schon in konkrete Projekte vergeben sind, und weitere 8 000 Plätze in den kommenden Jahren

geschaffen werden müssen, dann wissen wir auch, dass die Fachkräfteentwicklung genauso einer weiteren intensiven Betrachtung bedarf und wir da nicht nachlassen dürfen. So ist es durch den Ausbau oder das Anwachsen der Ausbildungsplätze gelungen, dort anzukommen, wo wir heute stehen. Nun ist hier das Verhältnis von öffentlichen und freien Schulen und die Frage, wie viele Ausbildungskapazitäten wo vorhanden sind, sehr differenziert betrachtet worden. Natürlich – ich glaube, es wäre völlig falsch, das zu negieren oder wegzureden – haben sich freie Träger auch in dieser Frage Ausbildung auf den Weg gemacht, weil in der Vergangenheit die Situation sehr deutlich so war: Wenn nichts getan wird, wird sich die Frage, wie viele Auszubildende wir wann haben, so eklatant stellen, dass am Ende die Eltern die Benachteiligten sind, weil sie keinen Platz für ihre Kinder finden. Das, was ursprünglich mal als Sonderweg oder fast als Ausnahme der berufsbegleitenden Ausbildung gesehen wurde, hat sich zu einem Regelfall entwickelt, bzw. – wir haben die Zahlen gesehen – es haben sich Verschiebungen ergeben, die einen deutlichen Anstieg der berufsbegleitenden Ausbildung abbilden. In der Tat ist dieses Verhältnis so, dass ich, wenn ich eine Quantität abbilden muss, die Qualität nicht verlieren darf, also: Wie mache ich das möglichst austariert, wie muss ich, wenn die Ausbildung beginnt und die Menschen schon vom ersten Tag an auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet werden, das flankieren und wie kann ich am Ende dennoch gewährleisten, dass ich voll ausgebildete Kräfte im System habe? Es war immer der Anspruch des Landes Berlin, genau dieses zu tun und nicht zu sagen: Okay, wir haben verschiedene Ausbildungsgänge und sozusagen Erzieherhilfskräfte mit am Start, – sondern wir wollen, dass es dazu führt, dass wir den Erzieherinnen- und Erzieherberuf als Regelstandard in unseren Einrichtungen haben.

Das ist mit diesem Modell, das wir haben, gelungen, aber natürlich – auch das ist nicht wegzureden – war die Frage: Wie schaffen wir Zugänge in das System, und wie lange ist die Ausbildung? Können wir nicht Vorqualifizierungen mitanrechnen, und wenn ja, in welcher Form? Das hat dann zu dem von Frau Sperle gerade angeführten Ausbildungsprogramm 2+2 geführt, wo wir Verkürzungen sehen und bestimmte Anteile anrechnen können, aber dieses in einer verantwortlichen Art und Weise. Es muss wirklich sehr genau geschaut werden: Was kann angerechnet und was muss ausstudiert werden?

Die Träger haben sich auf den Weg gemacht, deswegen sind die Kapazitäten der freien Schulen deutlich angewachsen. Natürlich hat auch die Schulgeldbefreiung, die seit 2015 gilt, dazu beigetragen, dass dieses so ist. Ohne das wären wir heute nicht da, wo wir sind. Die Prognose des rechnerischen Überhangs ist von verschiedenen Seiten zu betrachten. Man kann jetzt sagen, wir verbessern die Personalschlüssel ab 2022 – es ist ja in der Entwicklungsplanung dargestellt, da würde es einen rechnerischen Überhang geben –, aber natürlich kann man auch sagen, wir müssen erst mal schauen, dass wir die Qualität hier nicht aus dem Auge verlieren. Es wäre die Anregung, dass wir sagen, nicht alles wird vom ersten Tag an auf den Personalschlüssel angerechnet. Das hat zur Folge, dass wir mehr Personal in den Einrichtungen brauchen, aber auch mehr für den Theorie-Praxis-Bezug verwenden und damit ein intensiveres und nachhaltigeres Studieren für die Auszubildenden gewährleisten können.

Wir sind gerade in einer Novellierung des Sozialberufeserkenntnisgesetzes, und darin soll auch diese Verbindung von Praxis und Ausbildungsstätte auf jeden Fall ein stärkeres Gewicht bekommen, indem wir dort Lehrerstundenkapazitäten mit zur Verfügung stellen, damit genau dieser Bezug zwischen Ausbildungsstätte und Kita dann in einer Reflexion des Praxisgeschehens stärker gewährleistet werden kann.

Insofern denke ich, dass wir uns sehr wohl auf dem richtigen Weg befinden. Zu der Frage: Wie sieht es in den Schulen aus? – würde ich jetzt Herrn Salchow bitten, etwas dazu zu sagen, weil ja hier von verschiedener Seite sehr kritisch gesehen wurde, wie die Ausstattung der öffentlichen Schulen ist und auf welchem Stand wir uns da befinden.

Mirko Salchow (BildJugFam): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich würde noch einige Punkte ergänzen wollen. Ich möchte noch etwas zu den Zahlen sagen, die heute präsentiert wurden. Diese Zahlen geben zunächst mal Anlass zur Freude, da wir uns, ich glaube im vierten Jahr, auf einem Niveau befinden, wo wir mehr als 10 000 Studierende im System der Berliner Fachschulen haben. Das ist ein hohes Niveau, das wir hier erreicht haben und offensichtlich festigen können. Der weitere Anstieg der Zahl von Studierenden, von Bewerberinnen und Bewerbern wird sich nach unserer Prognose nicht in der Geschwindigkeit fortsetzen können, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war. Eine Anzuhörende, Frau Priebisch, hat gesagt, sie hätten Ausbildungskapazitäten, könnten diese aber nicht besetzen. Ich bitte, hier in den Blick zu nehmen, dass nahezu alle Berufsfelder über einen stetig steigenden Fachkräftebedarf klagen und sehr um die Nachwuchskräfte aus den Schulen werben, um ihre Bedarfe zu decken. Wir sind hier ein Nachfrager neben vielen Nachfragern. Das muss man der Stelle ganz deutlich gesagt werden.

Ich möchte, bezogen auf die Bedarfe im Vergleich zum Output der Absolventinnen und Absolventen der Fachschulen insgesamt, sagen, dass wir hier ein stabiles Niveau von 2 600, 2 700 Absolventinnen und Absolventen pro Jahr haben, man aber gleichwohl immer mitbedenken muss: Diese Absolventenquoten darf man bitte nicht mit einer Eins-zu-eins-Kopplung, was das Ankommen im Arbeitsmarkt angeht, verknüpfen. Das heißt, die Ausbildung allein wird den Fachkräftebedarf nicht decken können, sondern Ausbildungskapazitäten liefern immer nur einen Teil der Bedarfsdeckung. Es geht ja auch immer um die Frage des stabilen Verbleibs im Berufsfeld über eine lange Zeit, und wenn man sich die Absolventenzahlen anschaut, dann liegen wir hier in Berlin wirklich gut. Das sind übrigens Fragen, die in nahezu allen Bundesländern aktiv bearbeitet werden, und Berlin spielt in den einschlägigen Arbeitsgruppen der KMK genau zu diesem Thema teilweise auch eine federführende Rolle. Dort ist ja auch das 2+2-Modell in den Grundzügen entstanden.

Jetzt noch mal zu der Situation der Fachschulen und zu der Frage der Qualität und der Qualitätssicherung, die hier angesprochen wurde. Wir können die öffentlichen und die privaten Fachschulen hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen nicht unmittelbar vergleichen. Dieser Vergleich ist insofern unzulässig, als dass es in Artikel 7 eine verfassungsmäßig gesicherte Privatschulautonomie gibt, und aus der lässt sich nicht ohne Weiteres ein Rahmen für das Agieren von Privatschulen ableiten, wie sich das gegebenenfalls Einzelne wünschen. Die Privatschulautonomie wird am Ende in der Prüfung immer zum Ergebnis haben, dass sich die Gleichwertigkeit von privater und öffentlicher Schule letztlich am Bildungserfolg bemisst, und den Bildungserfolg sichern wir hinsichtlich der verbindlichen Bearbeitung gleicher Rahmenlehrpläne für alle Schulen.

Berlin hat hier, das ist angesprochen worden, einen sehr modernen Rahmenlehrplan für die Fachschulausbildung, orientiert und adaptiert an dem bundesweit gültigen Qualifikationsprofil für sozialpädagogische Fachkräfte. Dieser Rahmenlehrplan ist für alle Schulen gleichermaßen verbindlich umzusetzen, und die Ausbildung endet – das ist ein weiteres qualitätssichern-

des Merkmal – in einer zentralen Abschlussprüfung, ebenfalls für alle Fachschulstudierenden gleichermaßen, egal an welcher Schule sie ihr Fachschulstudium absolvieren. Die zentrale Prüfung gibt es in Berlin noch nicht so sehr lange, sondern sie wurde damals bewusst als qualitätssichernde Instanz eingeführt. In Ergänzung: Privatschulen durchlaufen natürlich ein geordnetes Genehmigungs- und Anerkennungsverfahren, und insofern ist das kein nicht reguliertes Feld, sondern hier wird ganz vorgabengemäß vorgegangen, auch was die Lehrbefähigung der einzelnen Lehrkräfte angeht. Es ist korrekt, dass das Qualifikationsprofil der Lehrkräfte an den öffentlichen und den Schulen in freier Trägerschaft ein unterschiedliches ist, aber auch das ist vorgabengerecht.

Alle unsere Fachschule, alle unsere Vorgaben – das 2+2-Modell, die Teilzeitausbildung, die in diesem Volumen in anderen Bundesländern nicht zu finden ist – bewegen sich auf der Grundlage der KMK-Rahmenvorgaben. Das heißt, wir sind bei allen Veränderungen, die wir als notwendig erachten, um das System mit möglichst vielen Bewerberinnen und Bewerbern zu versorgen, immer darauf bedacht, dass die Studierenden in diesem Land am Ende Qualifikationsabschlüsse haben, die über die Grenzen von Berlin hinaus unstrittig anererkennungsfähig sind.

Ich möchte – Frau Klebba hat es gesagt – auch noch mal darauf hinweisen, dass wir insbesondere dieses Teilzeitmodell bei der Frage in den Blick nehmen, inwieweit wir eine Verzahnung zwischen der Fachschule einerseits und der Praxisstelle andererseits herstellen. Wir bewegen uns hier im Augenblick auf einer appellativen Ebene, und wir möchten das in Zukunft institutionalisieren. Das heißt, es muss hier eine enge Verzahnung zwischen der Fachschule und dem jeweiligen Betrieb geben, um Ausbildungsstandards zu setzen. Im Übrigen gibt es hier jetzt schon, ohne dass es die Vorgabe gibt, eine Reihe vorbildlicher Kooperationsbeziehungen, die dafür sorgen, dass hier eine qualitativ hochwertige Ausbildung geleistet wird.

Ich möchte zum Punkt Qualität auch sagen, dass am Ende Qualität immer in der Einzelschule, egal ob privat oder öffentlich, im einzelnen Unterricht erzeugt wird. Wir sind dafür da, die entsprechend günstigen Rahmenbedingungen zu setzen, aber das, was Bildungserfolg am Ende darstellt, muss in der Einzelschule generiert werden. Wir haben die eigenverantwortliche Schule, das gilt über alle Schularten hinweg. Insofern wird das auch von den Schulen in Form von Schulprogrammen, schulinternen Curricula etc als Auftrag angenommen. An der Stelle könnte man noch eine Reihe weiterer Punkte nennen.

Was die Ausstattungsfrage angeht, haben wir die Situation, dass die Ausstattung mit Lehrkräften an den öffentlichen sozialpädagogischen Schulen eine gute ist. Ich unterscheide hier mal zwischen den Lehrkräften, die allgemeinbildende Fächer unterrichten, und denen, die die berufsspezifischen Fächer bedienen. Bei den allgemeinbildenden Fächern stellt sich die Situation, was einzelne Fachbedarfe angeht, genau in der Weise dar, wie das auch an allgemeinbildenden Schulen der Fall ist. Nicht immer haben Sie unmittelbar den Mathematiklehrer mit dem Zweiten Staatsexamen als Bewerber, wenn sie ihn denn brauchen. Der Mangel erstreckt sich auch auf berufsbildende Schulen. Im Vergleich zu anderen Berufsfeldern, insbesondere zu technischen Berufsfeldern, haben wir aber keinen Nachwuchsbedarf, was die berufsfeldbezogenen Unterrichtsfächer angeht. Hier muss man konstatieren, dass der Quereinstieg, da Berlin selber für diese Fächer kein Lehramtsstudium anbietet, seit je her auf den Zuzug angewiesen ist. Damit haben die Schulen Erfahrung, damit haben sie gute Erfahrung, das heißt, wir werden hier unseren Bedarf auch in Zukunft über den Quereinstieg und dann das berufsbe-

gleitende Referendariat decken können. Die Nachfrage zeigt, dass wir hier im Vergleich zu etwa technischen Oberstufenzentren keine ernsthaften Fachkräftenachwuchsprobleme haben.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch wenn es sehr ungewöhnlich ist, Herr Salchow, bitte ich auch Sie zu straffen. Wir haben noch nicht mal mit der Aussprache begonnen und haben noch ganz viele Tagesordnungsordnungspunkte vor uns. Herzliche Bitte: Straffen Sie! Mein Einwand ist ungewöhnlich, aber ich bitte Sie herzlich darum.

Mirko Salchow (BildJugFam): Frau Vorsitzende! Das ist in meinem Interesse. Ich mache jetzt einfach einen Punkt, wenn Sie einverstanden sind.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wenn Fragen kommen, werden Sie sicherlich noch mal das Wort bekommen. – Frau Staatssekretärin! Können wir fortfahren? – Dann danke ich Ihnen, und wir gehen in die gemeinsame Aussprache und fangen an mit Frau Dr. Jasper-Winter. Sie ist uns digital zugeschaltet. An Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, habe ich auch die Bitte, nur Fragen zu stellen und die drei Minuten im Hinterkopf zu behalten. – Bitte schön!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine erste Frage geht an Frau Dr. Billeb. Sie sagten – wie auch weitere Anzuhörende –, dass bei der vollzeitschulischen Ausbildung die Bewerberlage nicht ausreichend sei, dass vielmehr die berufsbegleitende Ausbildung nachgefragt wird. – Was schlagen Sie denn vor? Müssen letztlich der Nachfrage entsprechend die berufsbegleitenden Plätze ausgebaut werden, oder muss die vollschulische Ausbildung bei der Zielgruppe stärker beworben werden? Was würden Sie uns da als Handlungsempfehlung mitgeben?

An Herrn Michelau die Frage: Sie hatten ziemlich deutlich geschildert, welche Herausforderungen Sie an den Schulen sehen. Ein Aspekt waren die bürokratischen Hindernisse, auch im Hinblick auf den Digitalpakt. Vielleicht könnten Sie – es war eines Ihrer Beispiele – noch mal genauer schildern, was da aus Ihrer Sicht jetzt noch das Problem ist.

Frau Prof. Naujok, Sie sagten letztlich das Gleiche. Die hohe Nachfrage an berufsintegrierenden Ausbildungsgängen sei da. – Auch an Sie die Frage: Was bedeutet das für uns als Politik? Muss da eine Reform der Angebote her, oder wie darf ich Sie verstehen? Sie sagten auch, es sei eine hohe Nachfrage nach den Studienplätzen Kindheitspädagogik da, und hier gebe es strukturelle Probleme. Die Finanzierung über den Senat für Wissenschaft und Forschung sei eines der Themen. – Was würden Sie uns da konkret empfehlen?

An den Senat die Frage: Verstehe ich Sie richtig, Herr Salchow – das waren Ihre letzten Sätze –, dass Sie daran festhalten möchten, keine Lehrkräfte für Sozialpädagogik hier in Berlin für die Schulen selber auszubilden? Wenn ja, weshalb ist das so? Eine weitere Frage an den Senat: Können Sie etwas Näheres dazu sagen, wie das Pilotprojekt 2+2, das hier ja auch schon angesprochen wurde, angelaufen ist? Haben Sie Erkenntnisse, die Sie uns hier jetzt etwas konkreter mitteilen können? – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich danke Ihnen. Wir machen weiter mit Frau Dr. Lasić. – Bitte!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Meine Fragen richten sich vor allen Dingen an den Senat. Mich hat die heutige Anhörung durchaus nachdenklich gemacht im Hinblick darauf, wie sich das starke Wachstum der letzten Jahre auf das Zusammenspiel zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor bei den Fachschulen auswirkt. Die Verwaltung hat ziemlich klar dargestellt, dass vor allen Dingen das schnelle und notwendige Wachstum der Grund für die Verschiebung der Quantitäten hin zu dem privaten Sektor war. Ich habe Verständnis dafür, wenn beide Schulleitungen äußern, dass sich das wie ein Rückzug des Staates aus dem Bereich der Ausbildung anfühlt. Daher meine Frage: Bei allem Verständnis dafür, dass es in den letzten Jahren nicht anders ging, wie werden wir in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass es wieder zu einer Augenhöhe zwischen öffentlichem und privatem Sektor bei diesen Ausbildungsberufen kommt? Ich sehe da ehrlicherweise keine Spaltung, sondern ich glaube, für ein gutes Miteinander ist gerade diese Augenhöhe entscheidend. Wie könnte man diese Quantitäten in den nächsten Jahren gegebenenfalls mehr zum öffentlichen Sektor hinschieben? Das kann man ja strategisch angehen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Salchow. Wir haben beim allgemeinbildenden Sektor die verfassungsmäßigen Begrenzungen der Kontrolle im privaten Sektor intensiv debattiert und sie sind mir bewusst, aber an einer Stelle muss ich widersprechen, und zwar beim Umgang mit dem, was der Staat setzt, und der Eigenständigkeit der Schule. Ja, wir setzen einen Rahmen, und die Schulen sind in dem Rahmen eigenständig, aber im öffentlichen Sektor – das wissen Sie von den öffentlichen beruflichen Schulen auch – setzen wir immer mehr auf das nachgelagerte Controlling. Die Frage ist: Was werden wir bei den mittlerweile 46 freien Schulen in diesem Sektor tun? Wie gehen wir damit um, dass es hier gar kein Controlling geben kann? – Das kann nicht die Antwort sein, denn gerade wenn innerhalb kurzer Zeit so viele Akteure wachsen, ist es eine Frage der Wahrscheinlichkeit, dass darunter auch Akteure sind, deren Qualität im Vergleich zu der der angestammten Einrichtungen nicht gleichwertig ist. Ich muss zugeben, da mache ich mir Sorgen. Es muss Wege geben, wie man im Bereich der Aufsicht oder auf welchen Wegen auch immer verfassungskonform zu mehr Miteinander und mehr Überprüfung kommt, ohne alle Akteure der freien Schulen unter Generalverdacht zu stellen. Darum geht es nicht; aber 46 sind einfach ganz schön viele. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Fresdorf, bitte!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, werte Anzuhörende für das, was Sie mit uns geteilt haben! Ich habe eine kritische Anhörung mit vielen kritischen Punkten wahrgenommen. Ich wundere mich ein bisschen, dass die Kritik in der Stellungnahme des Senats erst mal noch nicht so richtig aufgenommen wurde, aber es gibt ja noch eine zweite Runde. Da haben Sie die Möglichkeit, darauf einzugehen, denn es ist tatsächlich nicht alles Gold, was glänzt – im Gegenteil: Es glänzt ja gar nicht viel, wenn wir richtig zugehört haben.

Da wäre meine Frage zum einen: Wir haben von Herrn Michelau gehört, dass die Schulaufsicht die Schulen kaum atmen lässt und sehr stark reinregiert in die Schulen. Vielleicht können Sie uns vonseiten des Senats beschreiben, welches Bild von Schulaufsicht Sie gegenüber diesen beruflichen Schulen haben und welchen Wirkungsgrad diese in den Schulen entfalten soll. Auch die Schulinspektion wurde als sehr gängelnd empfunden. In welchem Turnus wird diese an den beruflichen Schulen ausgeübt? Bei den allgemeinbildenden Schulen habe ich es parat, aber bei den beruflichen Schulen könnte ich es nicht sagen. Vielleicht könnten Sie mir da helfen.

Ein großes Problem scheint auch zu sein, dass die Ausbildungsreife vieler, die auf die Schule kommen, nicht gegeben ist. Jetzt ist leider Frau Stoffers nicht da, aber man könnte sich vielleicht darüber unterhalten, was man schulisch unternehmen muss, um Abiturienten zu befähigen, Texte zu verstehen. Es kann nicht sein, dass in einer Anhörung beanstandet wird, dass Abiturienten nicht mehr in der Lage sind, fremde Texte zu verstehen und zu begreifen. Da schallen doch Alarmglocken in dieser Stadt, und da hätte ich mir noch mehr kritische Würdigung gewünscht.

Gestatten Sie mir noch einen kleinen Kommentar in Richtung meiner geschätzten Kollegin Frau Dr. Lasić: Wenn Sie den privaten Schulen die Vollkosten finanzieren, können Sie da auch schön reinkontrollieren, vorher nicht.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Langenbrinck, bitte schön!

Joschka Langenbrinck (SPD): Interessant! Da unterscheidet sich die FDP halt von der SPD. – [Paul Fresdorf (FDP): Und das ist gut so!] – Ich hatte eigentlich zwei Fragen, jetzt habe ich nur noch eine, weil die Kollegin Lasić meine erste Frage vorweggenommen hat, nämlich die an den Abteilungsleiter, wie zukünftig dafür gesorgt werden soll, dass im Rahmen des Verfassungsrechts die privaten berufsbildenden Fachschulen hinsichtlich der Qualitätssicherung, weiterer Schulinspektionen etc. stärker kontrolliert werden. Da bin ich auf die Antwort sehr gespannt, weil mich Ihre Ausführungen vor dem Hintergrund der sehr langjährigen Diskussionen in der jüngsten Vergangenheit etwas überrascht haben.

An die FDP in Hinblick darauf, dass gerade gesagt worden ist, Schulinspektionen würden als Gängelung empfunden: Da unterscheiden wir uns. Ich vertrete eher die Meinung, wer das Geld nimmt, muss sich auch kontrollieren lassen.

Meine konkrete Frage an Frau Priebisch: Sie hatten ausgeführt, dass nicht alle Studienplätze, die Sie an Ihrer Fachhochschule anbieten, bzw. nicht alle Studienplätze, die an allen öffentlichen Fachhochschulen angeboten werden, ausgeschöpft werden. Ich weiß nicht, ob ich vielleicht überhört habe, dass Sie näher ausgeführt haben, was Ihrer Meinung nach die Gründe dafür sind, aber wenn ich es nicht überhört habe und Sie es nicht ausgeführt haben, wäre ich dankbar, wenn Sie kurz noch begründen könnten, was Ihrer Meinung nach die Ursachen dafür sind. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Tabor, bitte!

Tommy Tabor (AfD): Auch von mir vielen Dank an die Anzuhörenden für die offenen und klaren Worte! Ich denke, das war eine schallende Ohrfeige für den Senat und die rot-rot-grüne Regierung. Zu meinen Fragen: Ein großes Thema ist ja immer die Ausbildungsvergütung. Da stelle ich die Frage direkt an Frau Sperle: Welche Modelle sehen Sie diesbezüglich als zielführend an? Was können Sie sich dazu vorstellen? Eine andere Frage ist: Welche Erfahrungen haben Sie mit der Unterstützung für Anleitungsstunden bis zum aktuellen Tag gemacht?

An Herrn Prof. Michelau habe ich eine Verständnisfrage, vielleicht können Sie mir da weiterhelfen: Zuletzt wurde in einigen Bundesländern eine vergütete praxisintegrierte Ausbildung – PIA – debattiert. Worin besteht der praktische Unterschied zwischen Teilzeitausbildung und PIA? Welche Chancen sehen Sie, neue Ausbildungsmodelle zu schaffen?

Dann komme ich zu Frau Prof. Naujok. Der 2+2-Schulversuch wurde schon zwei Mal angesprochen, einmal von der Staatssekretärin, einmal vom Kollegen der FDP. Hier wurden, soweit ich weiß, auch gering Qualifizierte, also Hauptschüler, für die Ausbildung herangezogen, und dann gab es eine massive Kritik von der GEW. Wie sehen Sie das? Wir von der AfD sehen es so: Das Abitur sollte für das Studium und nicht für Ausbildungsberufe da sein. Von daher die Frage an Sie: Wie stehen Sie zur Akademisierung der Erzieherausbildung? Darüber hinaus: Wie können wir das Studium soziale Arbeit und den Beruf des Sozialarbeiters attraktiver gestalten, um auch die Personalausstattung in den Jugendämtern gewährleisten zu können?

Dann komme ich zu meiner letzten Frage, obwohl es noch eine Menge gibt, aber um es kurz zu halten: Es gibt ja ein Modellprojekt für Migranten als Erzieher. Da ist die Frage an den Senat gerichtet: Was kann der Senat zu dem Modellprojekt aktuell sagen? Man will natürlich

Qualifikation und Potenzial nicht verschenken. Wie viel Personal konnte bis dato gewonnen werden? – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Seidel, bitte schön!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank! – Nur eine kurze Bemerkung zum vielfach angesprochenen Vergleich zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor: Darum geht es nicht. Es geht schon darum, wie die Kollegin Lasić gesagt hat, dass da wieder auf Augenhöhe agiert wird. Wir sitzen heute hier, um uns einen Eindruck zu verschaffen, wie der Stand der Dinge gerade ist.

In Richtung von Herrn Fresdorf: Es ist nicht so, dass alle die Schulinspektion als Gängelung erleben. Ich habe auch vielfach vonseiten der privaten Trägerschaft gehört, dass sie sich sehr gern dieser Inspektion stellen würden, weil ihnen auch daran gelegen ist, dass die Qualität ihrer Arbeit vergleichbar gemacht wird. Das ist, denke ich, die Aufgabe, die vor uns liegt, hier eine Möglichkeit, ein Angebot zu schaffen, wie dieser Qualitätsdialog gelingen und so auch mehr Einfluss vonseiten der Bildungspolitik auch auf den privaten Sektor genommen werden kann. Meine Frage in Richtung Senat ist, ob es diesbezüglich schon Überlegungen gibt, wie man dem Wunsch vieler privater Bildungsträger und Schulen nachkommen kann, dort mehr im Dialog mit dem Senat zu sein, sei es durch die Aufstockung von Schulaufsichten oder dergleichen mehr. Gibt es da schon erste Überlegungen?

Dann will ich schnell zu den konkreten Fragen kommen. Noch mal in Richtung Senat würde mich interessieren, wie das aktuelle Verhältnis von Angebot und Nachfrage an den öffentlichen Schulen ist bzw. welche Ausbildungskapazitäten aktuell nicht ausgeschöpft werden. Das ist doch in den letzten Jahren ein recht drastischer Rückgang im öffentlichen Bereich gewesen. Das finde ich nicht angemessen oder nicht ausgewogen. – Die zweite Frage wäre, wie der aktuelle Stand der Abbruchquoten ist, und ob Sie sagen können, woran es liegen könnte, falls die Abbruchquoten höher geworden sind.

Noch mal in Richtung Senat. Mir geht es um die Einsatzfelder und den Verbleib der Absolventinnen und Absolventen. Welche Erfahrungen gibt es da, und wie viele – Herr Salchow, Sie hatten das Thema schon angesprochen – münden tatsächlich in den Bereich der pädagogischen Arbeit?

Mich würde auch interessieren – das geht eher in Richtung BeKi und der Schulträger –, welche Hinweise es aus den Ergebnissen der internen und externen Evaluation im Hinblick auf den Einfluss der Qualifikation der Fachkräfte auf die Bildungsqualität in den Kitas gibt und welche Handlungserfordernisse Sie da mit Blick auf Qualifikationsangebote und Ausbildung sehen. Einen Teil hatten Sie schon dargestellt. Mich würde interessieren, wie man das jetzt aktuell durch Qualifikationsangebote erweitern kann.

Die verschiedenen Möglichkeiten, den Zugang zum Beruf zu eröffnen, sind heute auch schon mehrfach Thema gewesen. Mich würde interessieren, wie die Schulen und das BeKi diese Entwicklung mit Blick auf das Fachkräftegebot und die Bildungsqualität bewerten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt müssen Sie schneller reden und zum Schluss kommen.

Katrin Seidel (LINKE): Okay. Dann frage ich nur noch mal nach dem Ausbildungsgang Kindheitspädagogik. Dazu hatte Frau Prof. Naujok einiges gesagt. Mich würde interessieren: Was machen Kindheitspädagoginnen und -pädagogen, wenn sie fertig sind mit der Ausbildung? Wo verbleiben die, wo gehen die hin?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Seidel! Sie überstrapazieren.

Katrin Seidel (LINKE): Okay. Jetzt darf ich nicht mehr. Na gut, wir haben ja noch öfter Gelegenheit.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Der Vorspann war zu viel. Den Vorspann hätten Sie sich sparen können, dann hätten Sie – – – [Katrin Seidel (LINKE): War aber nötig!] – Gut. – Herr Simon, bitte schön!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank im Namen der CDU-Fraktion allen Anzuhörenden! Wir freuen uns, dass Sie sich die Zeit nehmen, bei uns sind und uns an Ihrem Wissen teilhaben lassen. Zum Teil – jedenfalls habe ich das von Frau Dr. Billeb vernommen –, wurde auch kurz mitgeteilt, wie hoch die Erfolgsquote bei den Absolventen ist. Ich frage auch die anderen Anzuhörenden, ob sie das vielleicht kurz mitteilen könnten, und diejenigen, die nicht für eine spezielle Einrichtung bei uns sind, ob sie uns einen generellen Überblick hier geben könnten, wie hoch die Absolventenquoten sind und zu welchem Zeitpunkt diejenigen, die die Ausbildung machen, den Ausbildungsgang verlassen, ob das vornehmlich ganz am Anfang der Ausbildung oder eher zum Ende hin ist.

Ich frage die Anzuhörenden, die dazu Stellung nehmen wollen, ob aus ihrer Sicht Deutschkenntnisse auf B2-Niveau in bilingualen Kitas ausreichend sind. Ich frage des Weiteren, ob es nicht eine Möglichkeit wäre – Herr Tabor hat es auch schon angesprochen, die CDU-Fraktion hat es parlamentarisch in dieser Wahlperiode in einem Antrag und auch im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt –, eine Vergütung für die vollschulische Ausbildung einzuführen. Wäre das eine Möglichkeit, diesem Trend vielleicht etwas entgegenzusetzen? Ich glaube und die CDU-Fraktion insgesamt glaubt auch, dass die Nachfrage dadurch, dass die Menschen, die berufsbegleitend die Ausbildung machen, das dann vergütet bekommen, erheblich kanalisiert wird.

Ich frage des Weiteren, ob es Pläne zur Änderung der Anrechnung von Quereinsteigern auf den Personalschlüssel gibt, ob Sie Kenntnis von Überforderungssituationen haben, wenn Quereinsteiger von Beginn an verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen müssen, oder ob das nach dem, was Sie bisher aus der Landschaft gehört haben, dann doch von den Kolleginnen und Kollegen aufgefangen wird.

Frau Vorsitzende! Gehe ich recht in der Annahme, dass zum Kitaentwicklungsplan noch mal eine Rederunde stattfinden wird, oder wäre es günstig, wenn ich jetzt hierzu auch zwei Worte sagen würde?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir hatten ja vereinbart, dass wir die Punkte 3 b und c – die ja noch durch die Koalition begründet werden müssen – gesondert behandeln müssen. Wir sind jetzt immer noch in der Anhörung.

Roman Simon (CDU): Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann machen wir weiter mit Frau Burkert-Eulitz. – Bitte schön!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte mich nicht in den Reigen derjenigen einreihen, die einen Keil zwischen freie und öffentliche Schulen treiben. Das eine ist das eine, das andere ist das andere. Ich habe mich lange Zeit bemüht, genau diesen Qualitätsdialog, der auch vonseiten der freien Schulen eingefordert wurde, mit der Senatsverwaltung zu diskutieren. Deswegen würde mich interessieren, ob Sie da schon ein Stück weitergekommen sind oder vorhaben, da weiterzukommen. Die Situationen sind sicherlich unterschiedlich, aber ich kann Frau Seidel da auch nur bestätigen, dass die freien Schulen, mit denen ich im Austausch war, sehr wohl gesagt haben: Wir können uns das gut vorstellen, wenn die Schulinspektion auch für uns da ist und wir mit den öffentlichen Schulen mehr in den Austausch inhaltlicher Art kommen würden. – Das würde da sehr begrüßt werden. Deswegen würde mich da der Stand der Dinge interessieren.

Das Zweite, was ich bis heute noch nicht verstanden habe, ist, warum die Lehrkräfte, die an den Fachschulen gebraucht werden, im Land Berlin nicht ausgebildet werden. Das scheint ja schon lange Zeit so gewesen zu sein. Wir können uns ja nicht darauf ausruhen zu sagen: Wir haben die bis dato immer von außen geholt, und jetzt ist das ein bisschen anders, deswegen setzen wir da auf Quereinsteigerinnen und -einsteiger. – Mit dieser Antwort bin ich nicht ganz zufrieden.

Mich verwundert bis dato auch: Es unterrichten an den OSZ durchaus Leute mit anderen Berufszweigen, ob das Schlosserinnen und Schlosser oder was weiß ich sind, die diesen Beruf auch ausgeübt und gelernt haben. Bei den Erzieherinnen und Erziehern ist nach meinem Kenntnisstand keine einzige Erzieherin oder kein einziger Erzieher Lehrkraft an diesen Schulen. Also die, die in der Praxis arbeiten und diesen Beruf ausüben, unterrichten nicht an den Schulen. Das sind dann Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter usw. usf. Nichts gegen die, die da auch sein müssen, weil das ja Teil der Ausbildung ist, aber die Praktikerinnen und Praktiker unterrichten nicht an den Fachschulen. Das verwundert mich. Gibt es Wege, die dahin führen? Ich weiß, es ist immer mit den Laufbahngeschichten verbunden, aber bei den anderen Berufsgruppen klappt es ja auch. Muss man da andere Wege gehen, und wenn ja, welche?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt sind Sie, liebe Anzuhörende, wieder dran, und wir fangen an mit den vielen Fragen, die an Sie gerichtet worden sind. Beantworten Sie die, die in Ihren Bereich fallen. Wir fangen an mit Frau Dr. Billeb. – Sie haben das Wort. Ich hoffe, dass wir es jetzt akustisch besser hinbekommen und Sie hier auch besser hören können.

Dr. Konstanze Billeb (Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik) [zugeschaltet]: Das werden wir gleich sehen. Vielleicht muss ich wieder das Bild ausschalten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Versuchen wir es mal ohne Bild. Es ist minimal besser, aber besser als gar nichts. – Bitte schön!

Dr. Konstanze Billeb (Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik) [zugeschaltet]: An mich wurde zuerst die Frage gestellt, was wir tun, damit sich bei uns wieder mehr Vollzeit-studierende bewerben. Natürlich wollen wir in erster Linie, dass die Studierenden Wahlfreiheit haben, dass sie sich aussuchen, auf welchem Bildungsweg sie zu einem Berufsabschluss kommen. Als Schule haben wir da für uns die Aufgabe gesehen, die Möglichkeiten einer Ausbildung an einer Fachschule intensiver zu präsentieren, und haben uns vor etwa anderthalb Jahren gemeinsam mit einem Gymnasium ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Leider hat das im vergangenen Jahre nicht stattfinden können, sodass wir hoffen, nach Corona da wieder einsteigen zu können. Andererseits sehen wir natürlich verschiedene Gründe, warum sich Studierende mit Abitur nicht so häufig an Fachschulen bewerben wollen, denn sie wollen ja in erster Linie nach dem Abitur ein Hochschulstudium, ein Universitätsstudium absolvieren und nicht an einer Fachschule studieren. Wir beobachten u. a. auch, dass die Studierenden, die mit Abitur zu uns kommen, nicht die besten Studierenden sind, wenn ich das mal so sagen darf. Sie haben einen Leistungsdurchschnitt von 2,7 bis 3,2. Das finden wir nicht so gut, vor allem, wenn die befriedigenden und ausreichenden Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und den Naturwissenschaften sind. Da sind dann die Probleme, die ich vorhin mit dem Erfassen von Texten usw. angesprochen habe, unter Umständen zu finden, die allerdings nicht nur die Abiturienten betreffen. Das betrifft alle Studierenden. Wir denken, das ist ein Beweggrund, warum sie nicht so zahlreich zu uns kommen. Außerdem haben wir beobachtet, dass Menschen mit einem Bachelor in Kindheitspädagogik zum Beispiel in der Kita kaum eine andere Stellung einnehmen als Studierende, die einen Fachschulabschluss haben. Das ist natürlich für die Karriereplanung auch nicht interessant, wenn man von Anfang an so eine Position mit Hochschulabschluss und Fachschulabschluss gleichstellt. Das könnte eventuell attraktiver gemacht werden. Das ist jedenfalls unsere Beobachtung.

Dann würde ich gern etwas dazu sagen, wie es mit der Lehrkräftequalifikation an privaten Schulen aussieht. Ich bin ja eine Vertreterin der privaten Schulen und spreche vorrangig von unserer Schule. Wir sind natürlich auf der Suche nach qualifiziertem Personal und sind in der Zwischenzeit, nachdem es uns fast zehn Jahre gibt, auf einem Weg, dass wir bei den Kollegen Doppelqualifikationen haben. Sie haben im Lauf der Zeit eine pädagogische Qualifikation errungen, haben aber auch andere Qualifikationen. Die Erziehungswissenschaftler, die zu uns kommen, sind Grundschullehrer, -lehrerinnen, Kunstpädagoginnen, -pädagogen und oder auch Musikpädagoginnen bzw. -pädagogen, und es sind auch Erzieherinnen, Erzieher dabei, die außerdem noch einen universitären Abschluss haben und sich dann dem Unterrichtsbesuch stellen. Die Schulaufsicht für die privaten Schulen besucht jeden neu aufgenommenen, neu eingestellten Dozenten und schaut sich den Unterricht an, um dann eine Unterrichtsgenehmigung zu erteilen. Von daher wird da tatsächlich versucht, auf Qualität zu achten. Das ist einer der Wege, der möglich ist.

Als Nächstes möchte ich auf die Frage eingehen: Warum oder wann verlassen Studierende zum Beispiel unsere Fachschule? Wie ich vorhin schon gesagt habe, schließen etwa 78 Prozent die Ausbildung erfolgreich ab. Die meisten gehen im Probese semester. Das erste Semester bezeichnen wir als Probese semester, um zu schauen, ob diese Verbindung von beruflicher Ausbildung in den Praxiseinrichtungen und theoretischer Ausbildung bei uns überhaupt zu bewältigen ist. Da gehen die meisten. Es sind dann in jeder Klasse ein bis zwei, die im Prüfungssemester die Fachschule verlassen, weil sie eine Prüfung nicht bestehen, eine Facharbeit nicht schreiben können usw.

Meine letzte Anmerkung bezieht sich auf die Frage, wie es um das Sprachniveau von Nicht-muttersprachlern steht. Das ist natürlich immer wieder eine wichtige Frage. Wir versuchen im Bewerbungsgespräch herauszukitzeln, wie tatsächlich der Sprachstand und die Anwendung der Sprachkenntnisse, die mit einem Zertifikat nachgewiesen werden, sind. Ich muss ein bisschen ausführen: Tatsächlich ist es so, dass man die Ausbildung mit einer B2-Prüfung beginnen kann, aber im Laufe der Ausbildung, nämlich nach dem zweiten Jahr, soll man C1 erreicht haben und auch mit einer Prüfung belegen. Wir als Fachschule haben uns entschieden, diese C1-Prüfung bereits vor der Ausbildung abzuverlangen, weil wir gemerkt haben, dass es nicht zu schaffen ist – und das war auch ein Abbruchgrund innerhalb der Ausbildung –, mit mindestens einer halben Stelle arbeiten zu gehen, bei uns in der Schule die Stunden zu absolvieren, zu Hause zu arbeiten und noch einen Sprachkurs zu belegen. Das halten wir nicht für praktikabel. Das ist nicht realistisch. Aber mit der Erfahrung, C1 vor der Ausbildung vorzusetzen, stehen wir ganz gut da. Das sind Studierende, die auf einem relativ guten Niveau arbeiten, sowohl in der Praxis als auch bei uns. – Das war das, was ich zu den Fragen, die Sie gestellt haben, beitragen kann.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Frau Dr. Billeb! – Wir machen weiter mit Frau Lauer. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Milena Lauer (BeKi) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich beziehe mich gern auf Fragen zur Qualitätsentwicklung und zur Vielfalt im Team. Ich möchte gern mit Vielfalt im Team, also den verschiedenen Möglichkeiten, in den Erzieherinnen- und Erzieherberuf zu kommen, und der sprachlicher Vielfalt beginnen. Es ist im Sinne des Berliner Bildungsprogramms und damit im Sinne der Kinder durchaus sehr förderlich, dass Kinder verschiedene Identifikationsfiguren in den Kitas als Ansprechpartnerinnen und -partner haben. Das entspricht der Lebenswelt der Kinder, und sie erfahren damit im Sinne der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung, dass es für sie mit ihrer Ich- und Bezugsgruppenidentität Möglichkeiten gibt, später in verschiedenen Berufen zu arbeiten. Gleichzeitig gibt es für die Mehrsprachigkeit gerade in bilingualen Kitas verschiedene Konzepte. – Da will ich gleich an Natascha Naujok weitergeben, weil sie dazu noch mehr als ich sagen kann. – Was ich gern dazu sagen möchte, ist, dass dort einmal in der QVTAG vorgesehen war, dass aus bilingualen Kitas Europakitas werden können, und aus den externen Evaluationen wissen wir, dass nicht alle bilingualen Kitas sich ihrer Konzeption sicher sind. Es gibt verschiedene Konzeptionen. Für Kinder ist besonders Translingualität ein Konzept, das zu ihrer Lebensrealität passt, und da besteht aus meiner Sicht auch Entwicklungsbedarf bei den Trägern.

Qualität wird in der Diskussion immer wieder vorwiegend mit Strukturen, Personalschlüssel und Qualifizierung gleichgesetzt. Das sind wichtige Einflussfaktoren. Gleichzeitig spielt für die Kinder das tatsächliche Erleben in der Kita eine große Rolle. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass das Verinnerlichen von Ansprüchen, was Kinder tatsächlich an Bezugspersonen brauchen, eine große Rolle spielt und dass dafür ein hoher Bedarf an Reflexivität besteht. Dafür sollte in der Ausbildung auf jeden Fall der Grundstein gelegt werden. Weitere Möglichkeiten dafür sind auch Qualitätsentwicklungsmaßnahmen. Da haben wir zum einen ein Wechselspiel zwischen Quereinsteigenden und dem bestehenden Team. Wir sehen in unseren Befragungen, dass der Anteil von Kitas, die innerhalb von zwei Jahren nur wenige interne Evaluationen durchführen, steigt. Die Tatsache, dass diese internen Evaluationen verbindlich sind und Kitas uns trotzdem mitteilen, dass sie zum Beispiel innerhalb von zwei Jahren nur eine interne Evaluation durchführen, deutet für uns auf einen Mangel hin, den sie erleben.

Gleichzeitig sehen wir, dass die Kitas, die sich intern evaluieren, immer mehr Zeit da hineinstecken. Der Anteil ist in den letzten Jahren von durchschnittlich etwa knapp acht Stunden auf inzwischen über zwölf Stunden, die sich Kitas für eine interne Evaluation Zeit nehmen, gestiegen. Das heißt, sie profitieren sehr stark davon. Gerade in multiprofessionellen Teams – sprich: Quereinstieg – gibt es in der internen Evaluation die Chance, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Gleichzeitig führt u. a. wahrscheinlich der Quereinstieg dazu – weil wir das, seitdem diese Möglichkeit eröffnet wurde, beobachten –, dass Kitas zeitlich teilweise auch davon überfordert sind, sich die Zeit für diese Qualitätsentwicklung zu nehmen. – Ich glaube, dabei belasse ich es erst mal und lasse die anderen Kolleginnen weiter Stellung beziehen.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Herrn Michelau. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Fred Michelau (Jane-Addams-Schule) [zugeschaltet]: Einmal gab es die Frage nach den bürokratischen Hindernissen. Je näher man an das Bild herantritt, desto diverser wird es. Ich gebe Ihnen ein Beispiel – ich fürchte fast, ich langweile Sie jetzt gleich –: In der Darßer Straße haben wir ein Lüftungsproblem. Wir können die Hygienebestimmungen nicht einhalten, weil die Fenster nicht geöffnet werden können. Also gibt es zwei Klassenräume und eine Lehrkraft. Die müssen natürlich per Videokonferenztechnik miteinander verbunden werden. Die Senatsverwaltung sagt, das müssen wir über den Digitalpakt finanzieren. – Der Digitalpakt sagt: Das dürft ihr darüber gar nicht finanzieren, weil die rechtlichen Bedingungen für die dauerhafte Nutzung des Ganzen nicht gegeben sind. – Der technische Support von der Senatsverwaltung kommt dann nicht, und ich sage Ihnen ganz ehrlich – ich habe Deutsch, BWL, VWL und Politik abgeschlossen, Geschichte und Niederlandistik halb –, ich habe nicht die Expertise, jetzt umfassend Videokonferenztechnik einzurichten. Das ist so ein Beispiel, warum der Digitalpakt – da könnte man 25 000 Beispiele draufsatteln – in der Praxis dann zum Pingpongspiel wird und man hin- und hergeschlagen wird.

Zur Schulinspektion: Die empfinden wir nicht als gängelnd. Das ist eigentlich gar keine Herausforderung für sozialpädagogische Schulen. Das machen wir mit links. Die einzige Herausforderung ist das Sammeln von allen möglichen Unterlagen, das ist noch mal ein Aufwand, aber die eigentlichen Unterrichtsbesuche – mit Lässigkeit! Was wir wollen, ist, dass Privatschulen auch eine Schulinspektion absolvieren müssen.

Herrn Tabors Fragen zu PIA, praxisintegrierte Ausbildung erläutere ich mal am Beispiel Bayern: In Bayern dauert die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung prinzipiell immer, egal welche Voraussetzungen da sind, fünf Jahre – zwei Jahre Berufsfachschule und drei Jahre Fachschule. Von den drei Jahren Fachschule sind zwei in Vollzeit, und ein Jahr ist das Berufsanerkennungsjahr, das es in Berlin vor langer, langer Zeit auch mal gab.

Das einzig Neue ist im Grunde, dass die zweijährige Fachschule in Bayern jetzt in Teilzeitform absolviert werden kann. Übertragen auf das Berliner Modell heißt das: Auch alle Abiturientinnen und Abiturienten und Menschen mit Fachhochschulreife machen eine zweijährige Berufsfachschule für Sozialassistenten oder sozialpädagogische Assistenten, dann zwei Jahre Fachschule in Teilzeitform – da werden sie auch schon bezahlt – und gehen dann im dritten Jahr ins Anerkennungsjahr, wo sie nur noch an einem Tag in der Woche in der Fachschule sind und auch bezahlt werden. Dann haben Sie im Grunde vier.

Mein Vorschlag für neue Ausbildungsmodelle: nicht zu viel Neues! – Bildung ist eine langfristig zu pflegende Pflanze und nicht für irgendwelche kurzfristigen Aktionen, wo sich Leute beweisen können oder so. Das ist eine langfristige Sache. – Was könnte man machen? – Bei den ganz jugendlichen Studierenden z. B., die in die Teilzeitausbildung gehen, könnte man sagen: Nein, sie gehen erst mal ein Jahr oder sogar zwei Jahre in die Vollzeitausbildung! – Die Möglichkeit des Wechsels von der Vollzeitausbildung in die Teilzeitausbildung ist im zweiten und dritten Studienjahr jetzt schon gegeben. Das könnte man durchaus machen; das würde die Qualität heben.

Zu den Fachschulen: Liebe Leute! Reden Sie bitte nicht von Auszubildenden! Fachschulen sind seit 200 Jahren Studieneinrichtungen wie Fachhochschulen und Universitäten. – Wenn wir jetzt anfangen, die Ausbildung auch noch zu dualisieren, ähnlich wie Kauffrau im Einzelhandel, dann brauchen wir über die Qualität nicht mehr zu reden. Ein Studium an der Fachschule ist ein Studium. Das sind Studierende, und wir haben Fachlehrer. Das haben Sie z. B. nur in der Ausbildung zum Fachmonteur. Das ist etwas anderes; das ist kein Studium. Ich warne davor, ständig das Studium an Fachschulen in Richtung duales System downzugraden; das ist ein brandgefährlicher Weg.

Zu den Fragen zu Ausbildungskapazität, Abbruchquoten und Ursachen, erst mal zu den Bestehensquoten: Der Hauptpunkt – das hat Frau Dr. Billeb schon gesagt – ist das Probehalbjahr; dort trennt sich das. Wer das Probehalbjahr überstanden hat, besteht in der Regel auch die Prüfung. Die Bestehensquoten im dritten Ausbildungsjahr sind unwahrscheinlich hoch, weit über 90 Prozent. – Die Zahlen kann ich Ihnen nachliefern. – Das Risiko besteht in der Probezeit: Wer ist da besonders gefährdet? – Nicht die Frisörmeisterin. Die überholt in der Regel die Abiturienten und Abiturienten mit links. Ganz gefährdet – und das ist vielleicht überraschend – sind die Studienabbrecher. Wer einmal das Jurastudium und das Germanistikstudium darauf auch noch geschmissen hat, der schafft meistens auch die Fachschule für Sozialpädagogik nicht. – Das mag überraschend sein.

Das Zweite, das sehr schwierig ist, sind leider – das muss ich so sagen – die Absolventinnen und Absolventen der Berufsfachschulen für Sozialassistenten aus den sonderpädagogischen Schulen. Dort haben wir z. T. Studierende, die uns mit ihren Qualitäten unwahrscheinlich positiv überraschen. Die waren an sonderpädagogischen Schulen einfach falsch. Die haben da wir nicht hingehört, die hätten an normale Schulen gehört und einen normalen Schulabschluss erlangen können und müssen. Das ist ein Punkt, über den wir bei Sonderpädagogik reden. Wir haben aber auch einen Anteil von Studierenden aus sonderpädagogischen Schulen, die mit Textverständnis und der Orthografie große Schwierigkeiten haben – und zwar richtig heftig, das muss man so sagen –, was wir früher nie gekannt haben. Nebenbei: Abiturientinnen und Abiturienten haben in der Regel Textverständnis, und sie können lesen und schreiben. – Ich weiß nicht, woher das kam.

Der Zeitpunkt des Verlassens ist das Probehalbjahr. Das Probehalbjahr ist das Gefährlichste. Wer da durchkommt – da trennt sich die Spreu vom Weizen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch wir danken und machen weiter mit Frau Prof. Naujok. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Prof. Dr. Natascha Naujok (EHB) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich möchte zuerst der Abgeordneten Jasper-Winter antworten: Sie hat die hohe Nachfrage an dualen Formaten angesprochen und gefragt, ob eine Reform der Angebote her müsste und wie man der hohen Nachfrage bei der Kindheitspädagogik nachkommen sollte. – Ich denke, man sollte die verschiedenen Einrichtungen, die an irgendwelchen Punkten eine höhere Nachfrage verzeichnen, als sie leisten können, unterstützen. Es kann irgendwie nicht sein, dass es Menschen gibt, die das Studieren lernen möchten und nicht können, wo wir einen solch großen Fachkräftebedarf haben.

Dann würde ich sagen, was die dualen Formate betrifft, z. B. auch als Studium: Das sollte man vorsichtig ausprobieren. Wenn der Bedarf da ist, dann sollte man versuchen, dem zu begegnen und da etwas zu schaffen. Da kann man über die Form nachdenken und gemeinsam darüber sprechen. Auf jeden Fall sollte man das insgesamt immer wieder in verschiedenen Kontexten ausprobieren. Ich denke, es kann lange Zeit nicht dazu kommen, dass wir am Ende mehr ausgebildete Fachkräfte haben, als wir benötigen, denn wir müssen unbedingt den Schlüssel verbessern und den Beruf attraktiver machen.

Das geht über zwei Schienen: Der Fachkraft-Kind-Schlüssel ist ein ganz wichtiges Merkmal dafür, dass der Beruf attraktiv ist. Wenn Absolventinnen in die Praxis gehen oder schon im Praktikum feststellen, dass sie von dem, was sie gelernt haben, was sie qualitätsbewusst mit Kindern arbeiten möchten, kaum etwas umsetzen können, dann sind sie frustriert und verlassen unnötigerweise das Feld, nur weil es nicht attraktiv genug ist.

Ich verlasse jetzt die Reihenfolge, weil es inhaltlich besser passt. – Die Abgeordnete Seidel hat gefragt: Was machen eigentlich Kindheitspädagoginnen nach der Ausbildung? – Es gibt dazu WiFF-Studien von der Weiterbildungsinitiative frühpädagogischer Fachkräfte und ein Fachkräftebarometer, und da ist verzeichnet, dass ungefähr an jeden fünften Bachelor ein Master anschließt und die restlichen 80 Prozent in die Praxis gehen. –

Der Abgeordnete von der AfD – seinen Namen habe ich leider nicht richtig gehört – hat gesagt, dass das Abitur Voraussetzung für die Ausbildung und nicht nur für das Studium ist. – Herr Michelau! Das spricht auf das an, was Sie kritisiert haben, weil das ja auch Studierende sind. – Aber ganz unabhängig davon möchte ich sagen: Je besser pädagogische Fachkräfte ausgebildet sind, desto besser. Das ist einfach unglaublich wichtig. Das ist eigentlich für mich einer der anspruchsvollsten Berufe, die man sich vorstellen kann. Von der gesellschaftlichen Verantwortung, von der wirtschaftlichen Entwicklung her – wenn man auch dahin denken möchte –, ist es unbezahlbar, was sie leisten. – Daher finde ich: Das Abitur zu verlangen, hat durchaus seine Berechtigung – auch im europäischen Vergleich, weil das häufig ein Bachelor-Studium kombiniert mit Grundschulpädagogik ist –, aber wir brauchen unbedingt multiprofessionelle Teams. Also: Ja zur Akademisierung, aber ich will deswegen den anderen Ausbildungs- oder Studiengängen keine Absage erteilen. Ich glaube, wir brauchen multiprofessionelle Teams. Wir müssen lange in den Ausbildungen das Arbeiten in multiprofessionellen

Teams als Kompetenzentwicklung zum Thema machen. Dann brauchen wir alle – und je besser, desto besser.

Dann hat mich noch Frau Lauer ganz kurz im Querverweis wegen Mehrsprachigkeit angesprochen: Alles, was Frau Lauer gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Es gibt einen großen Entwicklungs- und Diskussionsbedarf, was das Thema der Translingualität betrifft, weil die Sprachen in den bilingualen Einrichtungen zu häufig strikt getrennt werden. – Darauf bin ich jederzeit ansprechbar; vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir danken Ihnen auch und machen weiter mit Frau Priebisch. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Anne Priebisch (Anna-Freud-Oberschule) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich hoffe, ich habe mir alle Fragen gemerkt. Die erste Frage ging ein bisschen in Richtung der Nichtauslastung: Mir ist wichtig zu sagen, dass der Abschluss an einer Fachschule für Erzieher vergleichbar ist mit dem Bachelor-Abschluss; das haben auch meine Vorrednerinnen gesagt. – Gründe für die Nichtausschöpfung könnten z. B. darin liegen, dass die Information, dass auch die öffentlichen Fachschulen eine Zertifizierung haben, um über Bildungsgutscheine finanziert zu werden, nicht flächendeckend vorlag. Das ist erst in letzter Zeit nachgeliefert worden, sodass diese potenziellen Studierenden direkt an die privaten Fachschulen verwiesen wurden.

Ein weiterer Punkt könnte sein, dass es Werbeetats bei privaten Fachschulen gibt. Hier hat die Senatsverwaltung in den letzten Jahren nachgesteuert und eine Werbekampagne für die öffentlichen Fachschulen aufgelegt, damit die entsprechenden Informationsflyer vorliegen und wir bekannter werden. Ich glaube auch, dass es ein Problem ist, dass es in der Vollzeitausbildung nicht durchgängig eine Bafög-Berechtigung für die Studierenden gibt. Dadurch gibt es einen Run auf die Teilzeit. In der Teilzeitausbildung ist es sehr häufig so, dass, wenn man einen Kita-Träger gefunden hat, dieser gleichermaßen eine Fachschule betreibt und ein Interesse daran hat, seine eigenen Auszubildenden in der Fachschule zu betreuen, und damit gar nicht erst eine staatliche Schule zur Wahl gestellt wird, obwohl es eigentlich eine freie Wahl der Fachschule gibt.

Ein großes Problem ist, dass es keine Ausbildungsvergütung gibt, wenn man in die Vollzeit geht, gerade dann, wenn unsere Studierenden, die schon Fachexpertise haben, in ein Praktikum – gerade, wenn sie in das lange Praktikum kurz vor dem Abschluss – gehen. In dem Moment haben sie alles technische Wissen, das man haben möchte. Es ist gerade erst im letzten halben Jahr entschieden worden, dass sie zumindest in öffentlichen Einrichtungen ein gewisses Entgelt für ihre Tätigkeit, die sie eigentlich schon als vollqualifizierte Kräfte im Rahmen des Praktikums leisten, bekommen.

Ich möchte in Bezug auf die Ausbildung der Lehrkräfte und ihre Vorbildung betonen, dass gerade im Bereich der Sozialpädagogen und Psychologen sehr häufig Lehrkräfte da sind, die schon eine Vorbildung haben und entweder schon Inklusionserzieher oder Erzieher waren oder als Sozialpädagogen in vielfältigen Berufsebenen gearbeitet haben. Sie wenden sich dann an die Fachschulen und werden im Rahmen des Quereinstiegs – wie Herr Michelau oder Herr Salchow beschrieben haben – dazu qualifiziert, Pädagogen zu werden.

Dann war noch die Frage, ob Deutsch B 2 ausreicht – da kann ich nur an meine Vorrednerin anschließen: Nein, B 2 reicht nicht aus. Das ist gerade das Problem, das wir haben und weshalb es zu Abbrüchen im Probehalbjahr kommt. Das Probehalbjahr ist tatsächlich die Schlüsselstelle, wo die Studierenden feststellen: Ich kann den Ansprüchen nicht genügen, weil ich nicht genügend Deutsch verstehe. – Das ist, wie alle anderen auch gesagt haben, der Punkt, an dem die meisten abbrechen.

Wir hatten ansonsten noch die Frage, was wir weiter ausbauen oder neu auflegen wollen. – Ich glaube, alle Möglichkeiten sind da; man kann sie ausschöpfen. Wir haben gerade mit dem 2+2-Modell angefangen. Es gibt die Möglichkeit, zwischen Voll- und Teilzeit zu wechseln, auch von Teilzeit in die Vollzeit zu wechseln. Das ist etwas, was angenommen wird, und ich glaube, da sind alle Möglichkeiten vorhanden. – Ich hoffe, dass ich auf alle Fragen, die gestellt worden sind, eingegangen bin. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch wir danken Ihnen von hier aus und machen weiter mit Frau Sperle. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Babette Sperle (DaKS e. V.): Danke schön! – Wieder als Letzte – Fluch und Segen gleichermaßen. – Ich würde gern zu vier Stichworten noch kurz etwas sagen, was die Fragen aufgreifen, die Sie an mich gerichtet haben. Dafür muss ich als Erstes etwas zum Status der Teilzeitstudierenden sagen: Der Begriff Teilzeitausbildung ist total in der Landschaft, und den merzt man nicht leicht aus. Aber ganz klar: Es handelt sich hier nicht um Studenten, sondern es sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich dazu entschieden haben, neben dem Beruf, neben einer Tätigkeit eine Ausbildung zu absolvieren. Von daher ist es wichtig abzugrenzen: Was für eine Position haben diese Personen? – Damit ist klar: Wenn das SozBAG künftig stärker die Verzahnung zwischen dem Arbeitgeber und dem Vertrag, den der Mensch mit seiner Schule hat, regulieren soll, dann greifen wir in Rechtsbereiche ein, die eigentlich nicht miteinander verzahnt sind, und es ist die Herausforderung an der Stelle, was Elegantes einzuführen, das praktikabel ist.

Das hat am Ende des Tages etwas mit dem ganzen Thema zu tun, welche Erfahrungen wir mit der Anleitung gemacht haben. Das haben Sie auch gefragt. Es gibt die Anleitungsstunden, die durch das Land Berlin für die Menschen in der Teilzeitausbildung, verwandte Berufe, sonstige Quereinsteigende finanziert werden. Damit machen wir sehr gute Erfahrungen, weil jetzt eine Ressource zur Verfügung steht, die auf der Trägerseite Möglichkeiten schafft, dass ich die Menschen gut ins Team, in den Job hole und gucke: Wo ist der Raum, um zu reflektieren und die Menschen zu begleiten? – Es ist aber ganz klar keine Praxisanleitung, wie wir sie bei vollschulischen Praktikanten kennen, sondern es ist eine viel offenere und weiter gefasste Anleitung und Begleitung für den einzelnen Menschen in das Berufsfeld.

Bei der Frage der Vergütung muss man sich vor Augen führen: Wenn jemand die Teilzeitausbildung macht, bekommt er ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis und wird entsprechend vergütet. Wenn man sich den Tarif des öffentlichen Diensts, also die TV-L-S-Tabelle Sozial- und Erziehungsdienst anguckt, sind für eine halbe Stelle – das ist das Mindeste, was ich machen muss, um Zugang in die berufsbegleitende Ausbildung zu haben – brutto 1 350 Euro im Monat. Das ist für jemand, der lebenserfahren ist und vielleicht eine Familie ernähren muss, nicht wirklich attraktiv. Aber es gibt ganz viele, die sich damit durchbeißen und sagen: Das schaffe ich, weil das mein Lebenstraum ist! – Für die ganz jungen Menschen,

die vielleicht direkt nach der Schule diesen Weg einschlagen, ist es gigantisch, und im Vergleich dazu den Weg des Bafögs zu gehen – was ich vielleicht nur eingeschränkt oder gar nicht kriege, weil meine Eltern 50 Euro über der Einkommensgrenze sind – ist klar, welchen Weg ich einschlage: 750 Bafög oder 1 350. Wenn die Clubs mal wieder aufmachen, wüsste ich, was ich nehme.

Ich möchte noch ein Wort kurz zu dieser Frage mit der Perspektive sagen, weil das etwas ist, das immer wieder im Raum steht, also auch: Ja, wir müssen die Ausbildung attraktiver machen! Wir müssen die Tätigkeiten für Kindheitspädagogen stärker in den Blick nehmen! Wir müssen Akademisierung stärken! – Ich finde, das ist eine zu eingleisige Betrachtung, sondern die Frage, die wir immer stellen müssen, ist: Welche Menschen braucht das Kind? – Und wenn wir von multiprofessionellen Teams sprechen, müssen wir die Perspektive nach allen Seiten öffnen und sagen: nicht nur die Öffnung hin zu den Kindheitspädagogen, sondern zu vielen anderen Professionen, die das Kind in den Kitas als Partner, als Akteur, der Alltag gestaltet, gut gebrauchen kann.

Ich weiß nicht, ob Missfallen das richtige Wort an der Stelle ist, aber ich finde immer diese Begrifflichkeit von: Ja, wir müssen Karrierechancen bieten! – Ganz ehrlich: Der Beruf der Erzieherin ist keine Aufstiegstätigkeit. So ehrlich muss man mal sein, dass ich mich, wenn ich mich für diesen Beruf entscheide, im Schwerpunkt dafür entscheide, diesen Beruf längerfristig auszuüben. Natürlich kann ich mich spezialisieren und thematisch vertiefen, aber wir brauchen keine 20 Kitaleiter bzw. -leiterinnen, sondern die Erzieher bzw. -innen, die jeden Tag Lust darauf haben, wieder in die Kindergruppe zu gehen und zu sagen: Das ist das, was ich total gerne mache! Ich lasse mich auf das Kind ein; ich gehe in die Beziehung, ins Agieren mit den Kindern. – Das fehlt mir immer so ein bisschen beim Blick auf diese ganze vermeintliche Karrieredebatte, die sich oft die Frage stellt: Warum sind denn unsere Kindheitspädagogen so schnell aus den Kitas wieder weg? – Die müssen da dieselbe Arbeit wie die Erzieherinnen und Erzieher machen, aber sind viel höher qualifiziert.

Ich will keine Berufe erfinden müssen, um Möglichkeiten zu bieten zu sagen: Ach ja, da habt ihr einen guten Platz! – Das ist etwas, worauf man viel breiter gucken muss, und wir haben die Themen Fachberatung und so etwas, die jetzt viel stärker die Kitas flankierend begleiten, und da sehe ich Potenziale. Aber die ureigene Tätigkeit der Erzieherin ist eben die ureigene Tätigkeit der Erzieherin. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir danken Ihnen auch und machen jetzt mit den vielen Fragen an den Senat weiter. – Frau Staatssekretär, bitte schön, Sie haben das Wort!

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – In der Tat haben wir uns mit der Verbindung dieser Punkten, den Kita-Entwicklungsplanung mit den Ausbildungsthemen unter TOP 3, ein sehr breites Feld vorgenommen, das wir hier nicht in der Tiefe, die jedes Feld wahrscheinlich verdient, besprechen können. Das merke ich immer wieder, wenn ich die Fragen und Rückmeldungen höre. Der eine Strang ist das Feld der Planung und des Ausbaus und darin enthalten Quantitäts- und Qualitätsfragen, der andere, der den Schulbereich repräsentiert, bezieht sich auf die Fragen: Wie ist die Ausbildung gestaltet, und was wird sich darin verändern oder nicht verändern? Wie ist das Verhältnis von öffentlichen und freien Schulen? – Darin sind viele Dinge, die die beruflichen Schulen angehen, nicht anders als im gesamten Feld von öffentlicher und freier Schule.

Ich will mich trotzdem auf ein paar Fragen konzentrieren, die die Entwicklungsplanung berührt haben: Wie ist das? Wer mündet ins Feld ein? Wie ist das Verhältnis von Ausbildungsplätzen und Absolventen? – Das haben wir in der Entwicklungsplanung dezidiert abgebildet, durchaus mit einem Erfahrungshintergrund, der schon aus den früheren Jahren herrührt. Auf der Seite 33 der Kitaentwicklungsplanung finden Sie, dass wir gesagt haben: Das ist die Anzahl der Studierenden, die am Anfang die Ausbildungsplätze nehmen, und die münden ein. Und am Ende haben wir 79 Prozent dieser beginnenden Studierenden, die den Abschluss tatsächlich machen.

Dann haben wir im weiteren Verlauf ausgeführt, wie es dann ist: Wie viele gehen tatsächlich in eine Betreuungssituation, nehmen ein Arbeitsfeld wahr? – Manchen studieren ja weiter oder gehen in ganz andere Arbeitsfelder. – Von diesen 79 Prozent sind das dann 80 Prozent, und davon wiederum gehen 60 Prozent in die Kita-Erzieher-Tätigkeit. – Das ist in der Entwicklungsplanung zugrunde gelegt, so dass wir schon sehr genau sagen können: Ja, diese Zahlen sind mit den Prämissen der Bevölkerungsprognose und den Auszubildendenzahlen valide; darauf können wir aufbauen! – Was wir damit machen – und das berührt wiederum die qualitativen Fragen: Wie viel an Verbindung und Noch-Unterstützung braucht es in der berufsbegleitenden Ausbildung? – Diesen Bedarf haben wir weiterhin, dass wir sagen: Wir wollen diese Teilzeit- oder berufsbegleitende Ausbildung weiter stützen.

Frau Sperle hat es zum Schluss gesagt: Die Anleitungsstunden und das, was wir an Unterstützung in das System geben, ist eine wirkliche Unterstützung, gestaffelt nach dem ersten Ausbildungsjahr, in dem mehr Anleitungsstunden sind, bis zum dritten Ausbildungsjahr, wo es abnimmt. Das haben wir jetzt noch im Rahmen der Möglichkeiten, die uns das Gute-Kita-Gesetz bietet, flankiert. Darin ist auch enthalten, dass wir das mit den Anleitungsstunden auf weitere Zielgruppen erweitern und den sich in der Ausbildung Befindenden noch einen Reflexionsnachlass geben konnten, was diese Verbindung stützen soll.

Wenn wir die Vollzeitausbildung vergüten würden, wäre das natürlich ein Anreizpunkt. Aber Frau Sperle hat, finde ich, sehr genau dargelegt, was eine Studierendensituation ist und was eine berufsbegleitende Ausbildung in der Arbeitnehmer-, Arbeitnehmerinnenrolle und -funktion abbildet. Das sind einfach unterschiedliche Dinge, und die muss man, glaube ich, sehr genau beachten. Aber natürlich sind flankierende Maßnahmen – ich glaube, Herr Tabor oder Herr Weiß haben es angesprochen –: Was kann man tun, um im Studium zu stützen, auch was die RSDs usw. angeht? – Das führt in ein weites Feld hinein, das wir heute nicht mehr berühren wollen. Aber Stipendien, das heißt Bindung an einen Arbeitsplatz, und dafür Stipendien zu geben in einem Markt, der fachkräftemäßig einfach in den letzten Jahren unterbelichtet war und wo es in der Frage, was ich auf dem Markt brauche, konkurrierende Situationen gab – – Deshalb haben sich bei den freien Trägern viele Ausbildungskapazitäten entwickelt; diesen Bezugspunkt zueinander muss man einfach sehen.

Die Frage, welche Rahmungen – und es ist ja richtig, dass danach gefragt wird – wir einziehen, um Qualitäten in gleicher Weise zu halten, ist das, was im Verhältnis von öffentlichen und freien Schulen im Detail betrachtet werden muss und wo man Verbesserungen anregen kann. – Dazu würde jetzt Herr Salchow noch ein paar abschließende Worte sagen, weil ich glaube, vertiefender können wir das heute nicht mehr besprechen.

Mirko Salchow (SenBildJugFam): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Ich muss ein bisschen bündeln, weil es sehr viele Einzelnachfragen waren. Ich gehe mal zu dem ersten Punkt: Bewerberströme, Kapazitäten der öffentlichen beruflichen Schulen: Es ist mitnichten so, dass die Schule, wenn ein Bildungsgang über einen gewissen Zeitraum nicht mehr so nachgefragt wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war, Überkapazitäten hat, sondern die Oberstufenzentren zeichnen sich ja dadurch aus, dass es in der Regel große Organisationseinheiten mit vielen Bildungsgängen sind. Das ist ein System kommunizierender Röhren: Dann werden andere Bildungsgänge stärker mit Schüler, Schülerinnen oder Studierenden aufgefüllt. Das heißt nicht, dass die Häuser nicht ausgelastet sind.

Man muss auch anerkennen, dass das Bewerberverhalten oder das Wahlverhalten von Bewerberinnen und Bewerbern für diesen Studiengang selbstverständlich nur in Grenzen steuerbar ist. – Es wurde angesprochen, dass im Bereich des Marketing die öffentlichen Schulen, unterstützt durch die Senatsverwaltung, in den letzten drei Jahren ordentlich nachgearbeitet haben. Wir sind dabei, eine Marke „Gute Erziehung Berlin“ zu etablieren, die mittlerweile, glaube ich, das dritte Mal im öffentlichen Raum platziert wurde und hoffentlich positive Effekte auf die Bewerberinnen und Bewerber gemacht hat.

Der zweite Punkt, Lehrkräftequalifizierung: Mit meinen Worten vorhin wollte ich nicht missverstanden werden. Ich möchte darstellen, dass die sozialpädagogischen öffentlichen Schulen in dieser Stadt kein Lehrkräftenachwuchsproblem haben, was die Bedienung der fachorientierten Fächer oder Lernfelder angeht, sondern das System, wie sich die Schulen speisen, darstellen. Es ist auch von den Anzuhörenden eben betont worden, dass der Quereinstieg hier nicht mit einem Malus versehen ist, sondern im Gegenteil qualitätssteigernd wirkt, weil insbesondere die Psychologen, die Soziologen, die Pädagogen, wenn sie in einer Fachschule ihren Dienst aufnehmen, ein gerütteltes Maß Berufserfahrung aus dem Feldbereich mitbringen. Das schließt nicht aus, dass man sich in der Zukunft der Frage zuwendet, inwieweit in Berlin dieser Bildungsgang angeboten werden kann, um hier Laufbahnbewerberinnen und -bewerber zu qualifizieren.

Es wurde nach dem Schulversuch 2+2 gefragt: Dieser Schulversuch befindet sich jetzt im zweiten Jahr. Er ist, das kann man sagen, sehr nachgefragt. Das ist ein Angebot, das von den Schülerinnen und Schülern sehr gut angenommen wurde.

Man muss dazu sagen, es handelt sich um einen Schulversuch. Ein Schulversuch darf eine bestimmte Größe nicht übersteigen. Insofern sind wir schon sehr hoch rangegangen. Wir sind mit ca. 800 Schülerinnen und Schülern in 29 Klassen, verteilt auf acht berufliche Schulen gestartet. Hier schon mal vorweggenommen – es war die Frage nach einem Dialog zwischen öffentlichen und privaten Schulen –: Wir haben in diesen Schulversuch bewusst auch private Schulen mitaufgenommen, die dann Seite an Seite mit den öffentlichen Schulen dieses Ausbildungsmodell, diesen Qualifizierungsweg gemeinsam entwickeln. Wir können hier natürlich noch keine abschließende Evaluation darlegen; wie gesagt, wir befinden uns im zweiten Jahr. Es findet jetzt erstmalig der Umstieg von der Berufsfachschule in die Fachschule statt. Wir können dann natürlich erst am Ende der Fachschulphase sagen, wie sich das im ersten Durchlauf in den Ergebnissen darstellt. Ich kann so viel sagen, dass wir erfreulich hohe Quoten im Probehalbjahr haben. Wir haben erfreulich hohe Quoten, vermutlich auch was den Abschluss angeht. Sie wissen, dass der Überstieg in die Fachschule dann noch mal an besondere Leistungsvoraussetzungen gekoppelt ist; also nicht jeder, der möchte, darf in dieses verkürzte Qualifizierungsverfahren einsteigen, weil wir Bewerberinnen und Bewerber für diesen Bildungsgang erschließen wollten, die nicht das Abitur mitbringen, sondern in diesem Qualifikationsweg hin zur Fachkraft mit der Berufsbildungsreife oder der erweiterten Berufsbildungsreife einsteigen.

Das Thema Qualität wurde angesprochen. Noch mal: Wir haben Qualitätssicherungssysteme im Anerkennungs- und Genehmigungsverfahren von privaten Schulen. Wir haben die Schulinspektion als Thema angesprochen. Die Senatsverwaltung ist durchaus offen, auch die Schulinspektion für private Schulen anzudenken. Gleichwohl können Sie die Schulinspektion, wie sie im Augenblick konzeptioniert ist, nicht als Matrix private Schulen einfach überstülpen, denn private Schulen – das hatte ich in meinem ersten Beitrag dargestellt – sind in der Wahl der Mittel, wie sie die Ziele erreichen, die allerdings verbindlich definiert sind, weitestgehend frei und autonom. Das muss man anerkennen. Insofern ist das Qualitätsanforderungsniveau, das die Schulinspektion für öffentliche Schulen zugrunde legt, nicht 1 : 1 auf private Schulen übertragbar, sondern hier bräuchte es andere Konzepte. Sie wissen, dass die Schulinspektion gerade dabei ist, sich neu aufzustellen, insbesondere was den Visitationszyklus angeht, um zwischen Schulen, die einen erhöhten Entwicklungsbedarf haben, und Schulen, die sich hier im grünen Bereich bewegen, zu unterscheiden.

Ich hatte ein Beispiel des Dialogs zwischen öffentlichen und privaten Schulen anlässlich des Schulversuchs dargelegt. Ansonsten gibt es allerdings – das möchte ich auch betonen – nicht die privaten Schulen, sondern es sind 46 Schulen, die – das muss man dazu sagen – letztlich Mitbewerber am Markt sind. Es ist keine homogene Gruppe. Von Senatsseite sind allerdings die Angebote, die wir aufsetzen, immer gleichermaßen an alle öffentlichen und privaten Schulen im selben Umfang gerichtet. Ich möchte hier das Beispiel der Einführung der zentralen Abschlussprüfung an den Fachschulen für Sozialpädagogik erwähnen. Hier gab es ein mehrstufiges Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot für die öffentlichen und privaten Schulen; von privater Seite sehr gut nachgefragt. Hier sind auch Kooperationsbeziehungen auf der Arbeitsebene zwischen diesen beiden Schularten entstanden.

Ich schaue mal, ob ich etwas vergessen habe. Ich hätte jetzt noch etwas zum Digitalpakt sagen können, aber ich denke, dass hat Herr Michelau ausgeführt. Wichtig ist mir noch: Das Problem der Darßer Straße ist bauseitig behoben. Es braucht jetzt nicht mehr die Simultanübertragung in andere Räume, sondern das ist als Havariemaßnahme abgestellt. Die Belüftungssitua-

tion in dem Gebäudekomplex ist vorgabengemäß jetzt verbessert worden. Das war mir noch wichtig, an der Stelle zu sagen, damit das nicht offenbleibt.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen herzlichen Dank auch an Sie! – Natürlich wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt, bis uns das Wortprotokoll vorliegt und wir das dann gemeinsam auswerten können. Ich möchte mich noch mal im Namen aller hier Anwesenden bei den Anzuhörenden herzlich bedanken. Sie hören den Applaus. Frau Sperle sieht auch den Applaus. Ich hoffe, dass Sie jetzt Ihren verdienten Abend haben. Sie können gerne bleiben, Frau Sperle, aber Sie können auch gerne gehen, wie Sie möchten.

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0373](#)
Kitaentwicklungsplan des Landes Berlin 20/21 bis
25/26
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0376](#)
Drucksache 18/3089 BildJugFam
Kindertagesstättenentwicklungsplanung 2020/2021
bis 2025/2026
Drucksache 18/2400 (B.66)
— Schlussbericht —
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0356](#)
Familienservicebüros – Konzepte und Erfahrungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0360](#)
Berliner Familienzentren, FamilienServiceBüros,
Eltern- und Familienberatung – Qualitätsstandards
und Sichtbarkeit
(auf Antrag der AfD-Fraktion) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.11.2020

- c) Antrag der AfD-Fraktion [0402](#)
Drucksache 18/3309 BildJugFam
Qualitätsstandards und Sichtbarkeit der
Familienzentren in Berlin

Vertrag.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.